

WIR



*Magazin der Jungen Bürgermeister*innen*

KOMMUNALEN

1/25



Demokratie bewahren – kommunale Zukunft sichern



NETZWERK
JUNGE BÜRGERMEISTER*INNEN



„Konsequente Digitalisierung ist im Public Sector ein Muss. Mit DATEV können wir alles rechtssicher umsetzen.“

Digitale Prozesse zu initiieren und auszubauen, ist eine der großen Herausforderungen im Public Sector – die leistungsstarke und rechtssichere Software von DATEV für Finanzwesen, Personalwesen und Verwaltungsprozesse unterstützt Sie zuverlässig bei Ihren Vorhaben. Das macht DATEV und die steuerlichen Berater zu den idealen Partnern an Ihrer Seite.



Mehr Informationen unter go.datev.de/public-sector



Alles gut!? Demokratie bewahren – kommunale Zukunft sichern.

Wir leben in herausfordernden Zeiten. Alte Gewissheiten bröckeln. Superlative drohen auszugehen. Ein US-Präsident, der nicht nur in rasantem Tempo seinen Staat umbaut, sondern auch die internationale Ordnung erschüttert. Und hier in Deutschland: liegt nach einem Wahlkampf geprägt von Populismus und Konfrontation plötzlich ein Papier mit Milliardenbeträgen auf dem Tisch – um Verteidigungsfähigkeit und Infrastruktur voranzubringen.

Man schwankt bei all den großen Rädern, die da gedreht werden, zwischen „Das klappt nie“ und „Vielleicht wird es doch was“. Aber was hat das mit Kommunen zu tun? Schlaglöcher werden nicht mit Geldscheinen geflickt, und Verwaltungsmodernisierung bleibt ein zähes Geschäft. Kluge Lösungen müssen ausgehandelt werden – mit Kompass und Mut zum Kompromiss.

Dieses Heft zeigt, was das konkret bedeutet: Dr. Fabian Mehring, Bayerischer Staatsminister für Digitalisierung, erklärt warum GovTech die Grundlage für einen funktionierenden Staat, ist und Michael Salomo formuliert die Wünsche der Kommunen an eine neue Bundesregierung.

Die große Herausforderung ist die finanzielle Lage. Unser Stimmungsbarometer zeigt, dass die Handlungsfähigkeit vor Ort akut gefährdet ist. Darum fordern wir auch in unserem viel beachteten Debattenpapier zum Thema Staatsreform: Ein moderner Staat beginnt in den Kommunen. Gleichzeitig zeigt unser Stimmungsbarometer: Trotz aller Herausforderungen ist die Zufriedenheit im Amt gestiegen. Doch was passiert, wenn politische Arbeit zur Tortur wird? Drei Beispiele zeigen, wie Streit und Zwietracht die Ausübung des Amtes nahezu unmöglich machen.

Aber wir zeigen auch Beispiele des Gelingens: Finn Thomsen berichtet von seinen Erfahrungen mit Bürgerbefragungen in einer kleinen Kommune. Dana Hauke zeigt, wie mehr Bürgerbeteiligung Demokratie lebendig hält. Ein Praxisprojekt zum Nachmachen: Was tun, wenn eine Schulklasse ins Rathaus kommt? Die Rathauskids bieten Inspiration. Julia Samtleben erzählt vom erfolgreichen Start eines Quereinsteigers in ihrer Verwaltung.

Und: Die Vorschau auf unsere Jahreskonferenz 2025 mit prominenten Impulsgeber*innen und spannenden Workshops. Seid ihr noch nicht angemeldet? Dann wird's jetzt Zeit!

Die „Werkstatt der Mutigen“ hatte im Januar den Fokus auf alles gelegt, was vor Ort gelingt. Wie es war und wie es weitergeht, lest ihr in unserem Bericht. Abschließend gibt es eine proppenvolle Terminvorschau mit den wichtigsten Veranstaltungen für 2025.

Alles gut? Nein. Aber vieles ist möglich. Wenn wir die richtigen Forderungen stellen, die richtigen Antworten suchen und gemeinsam handeln.

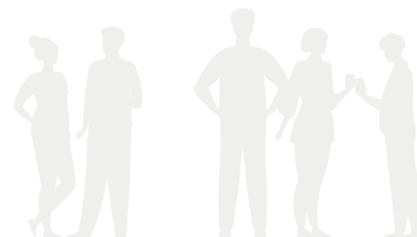
Henning Witzel

Verbandsgeschäftsführer Netzwerk Junge Bürgermeister*innen



Foto: Ingo Boelter / ASK

„Alles gut? Nein.
Aber vieles ist möglich.
Wenn wir die richtigen
Forderungen stellen,
die richtigen Antworten
suchen und gemeinsam
handeln.“





Bayerisches Staatsministerium
für Digitales



Foto: StMD

DR. FABIAN MEHRING, MdL
Staatsminister für Digitales

Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister,

wir tragen politische Verantwortung in herausfordernden Zeiten. Deutschland ist geopolitisch eingeklemmt zwischen einem despotischen Russland und transatlantischen Partnern, die unkalkulierbar geworden sind. Zugleich steckt unser eigenes Land in einer tiefen Wirtschaftskrise. Hinzu kommt ein in Wahlergebnissen dokumentierter Verlust des Vertrauens in Politik und staatliche Institutionen, die zu vielen Menschen antiquiert und dysfunktional erscheinen.

Die hieraus erwachsenden Fliehkräfte nutzen politische Geschäftemacher gezielt, um die Gesellschaft zu spalten und das politische System zu polarisieren. Das klappt auch deshalb prächtig, weil es uns an einer mehrheitlich geteilten Vision zur Frage fehlt, wohin wir unser Land entwickeln wollen.

Was wir brauchen, ist eine neue „Deutschland-Idee“. Zentraler Bestandteil hiervon muss ein moderner Digitalstaat mit einer innovativen Verwaltung sein. **GovTech ist keine hinreichende, aber eine notwendige Voraussetzung dafür, dass unser Land wieder funktioniert!**

Gestatten Sie mir, diese These fünffach zu belegen:

GovTech gegen Bürokratie: Digitalisierung kann unser Notausgang aus der Bürokratie-Hölle sein. Dazu müssen sämtliche Verwaltungsprozesse auf dem Seziertisch der digitalen Transformation neu gedacht werden. Wie in Bayern muss auch bundesweit ein „Digitalcheck“ Bürokratiemonster erlegen und als Vollzugsbeschleuniger wirken. „KI statt Bürokratie“ muss unser Motto werden, um Deutschland zu entfesseln!

GovTech gegen Demografie: Im nächsten Jahrzehnt verabschieden sich 15 Millionen Babyboomer in ihren wohlverdienten Ruhestand. Soll hieraus kein Staatsversagen resultieren, müssen bedeutend weniger Köpfe die Leistungsfähigkeit unserer Verwaltung erhalten. Damit das klappt, müssen wir die Digitalisierung und Automatisierung unserer Behörden auf die Spitze treiben!

GovTech für Demokratie: Behördengänge müssen von überall aus und jederzeit digital erledigt werden können. Push-Nachrichten dürfen nicht nur vom Paketboten aufs Handy kommen, sondern auch aus dem Rathaus. Denn: Unser Staat braucht ein zeitgemäßes Image in den Köpfen seiner Bürger, damit die Leute sich positiv mit unserem Gemeinwesen identifizieren!

GovTech als Standortfaktor: Eine leistungsfähige Staatsverwaltung gilt längst als harter Standortfaktor. Zeitgleich dürfen moderne Digitalstaaten auf gehörige Entlastungen ihrer eigenen Kassen hoffen: Wäre die Bundesrepublik auf dem Digitalisierungsniveau von Dänemark, hätten wir fast 100 Milliarden mehr im Staatssäckel!

GovTech als Wirtschaftsfaktor: Deutschland muss sein Alleinstellungsmerkmal auf den digitalen Märkten der Zukunft finden. Dabei ist der sprichwörtliche Zug im Bereich von Large Language Models oder Cloud-Infrastrukturen längst abgefahren. Wieso also nicht den Ruhm der preußischen Verwaltungskunst ins Digitale tragen und den Milliardenmarkt für GovTech rocken?

Digitale Transformation ist unser Trumpf gegen Bürokratie, Demografie - und für Demokratie. In den Zukunftstechnologien stecken gewaltige Chancen und GovTech kann zum deutschen Exportschlager werden. Umso herzlicher lade ich besonders Sie, als junge Rathauschefinnen und -chefs, ein: Lassen Sie uns gemeinsam einen modernen Digitalstaat „Made in Germany“ erschaffen!

Dr. Fabian Mehring, MdL
Staatsminister für Digitales

WARUM WIR DABEI SIND



Waldemar Gogel,
Bürgermeister der Gemeinde Freigericht

„Als junger Bürgermeister ist mir der Austausch mit Kolleginnen und Kollegen besonders wichtig. Gemeinsam können wir Lösungen für die Herausforderungen unserer Kommunen finden und voneinander lernen. Netzwerke wie „Junge Bürgermeister*innen“ bieten genau diesen Mehrwert – und deshalb bin ich gerne dabei!“



Foto: Gemeinde Freigericht



Christiane Krieger,
Bürgermeisterin der Stadt Wernau (Neckar)

„Andere junge Bürgermeister*innen verstehen besonders gut, welche Spannungsfelder den Alltag in diesem wunderbaren Beruf ausmachen. Im Austausch lassen sich Gemeinsamkeiten und dadurch auch übertragbare Lösungsansätze finden. In der kommunalen Welt muss niemand für sich alleine stehen – genau das wird auch im NJB gelebt!“



Foto: Privat



Nils Naumann,
ehrenamtlicher Bürgermeister der Gemeinde Thurland

„Ich persönlich finde das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen eine super Gelegenheit, wie zum Beispiel bei der jährlichen Jahreskonferenz oder zum virtuellen Stammtisch sich auszutauschen und neue Impulse für seine Heimatstadt mitzunehmen. Zur Jahreskonferenz präsentieren sich verschiedene Firmen, welche die Entwicklung der eigenen Stadt nach vorne bringen können. Ich bin froh, bei diesem Netzwerk dabei sein zu können.“

Foto: Nils Naumann



Onyeka Oshionwu,
ehrenamtliche Bürgermeisterin der Stadt Göttingen

„Das Netzwerk wirkt motivierend, weil es zeigt, dass (kommunalpolitisches) Engagement keine Frage des Alters ist. Außerdem bietet es den Raum, sich von Best-Practice-Beispielen aus ganz Deutschland inspirieren zu lassen. Weil unterschiedliche Regionen, Parteien und Größen der Kommunen vertreten sind, werden einem neue Perspektiven eröffnet.“



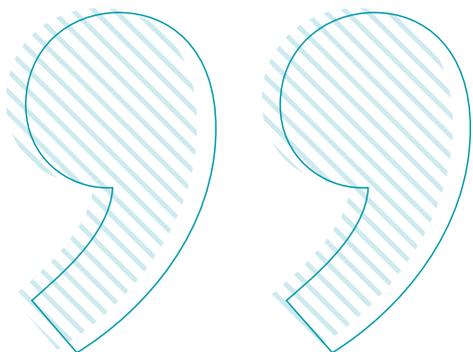
Foto: Privat



Daniel Quade,
Bürgermeister der Stadt Bad Sachsa

„Wir stehen in unserem besonderen Job vor schier unmöglichen Herausforderungen, die gefühlt täglich anwachsen, anstatt sich lösen zu lassen. Gerade wir jüngeren Menschen, in dieser verantwortungsvollen Position, stehen im Fokus, ob wir dem gewachsen sind. Wir haben den Elan, die Weitsicht und die Kreativität, dieses zu schaffen, benötigen allerdings das Netzwerk, um all unsere positiven Eigenschaften bündeln zu können. Es gilt: Alleine gut, gemeinsam unschlagbar.“

Foto: Dietrich Kühne



MEIN RATHAUS ...

Die Gemeinde Tholey

„Neun Orte – eine starke Gemeinschaft“. So lässt sich die Gemeinde Tholey im nördlichen Saarland mit ihren rund 12.300 Einwohnerinnen und Einwohnern kurz und prägnant beschreiben.

Kulturhistorische Schätze, das Erlebnisbad Schaumberg und eine herrliche Landschaft sind ein Paradies für Kulturliebhaber, Wasserfreunde und Wanderer. Übertagt werden die Ortsteile vom Schaumberg mit seinem markanten Schaumbergturm. Der Ort Tholey wird seit 634 n. Chr. durch die Benediktinerabtei geprägt. Die Abteikirche beherbergt mit Fenstern von Gerhard Richter und Mahbuba Maqsoodi Kunst von Welt.

Mit dem Hofgut Imsbach aus der napoleonischen Zeit, der Johann-Adams-Mühle, der neobarocken Pfarrkirche Scheuern oder der Blasiuskapelle gibt es Historie von überregionaler Bedeutung. Das „Wortsegel“ bei Sotzweiler, eine 15 Meter hohe Stahlskulptur, ist eine Landmarke und ein Denkmal für Poesie.

Das Tholeyer Rathaus mit der angeschlossenen Tourist-Information ist nicht nur Sitz der Verwaltung, sondern auch Ideenschmiede und Organisator für ein vielfältiges Kulturprogramm. Gleichzeitig dient es als Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger, um gemeinsam die Gemeinde Tholey stetig weiterzuentwickeln.

*„Der Ort Tholey
wird seit 634 n.
Chr. durch die
Benediktinerabtei
geprägt.“*



ANDREAS
MALDENER
Bürgermeister
der Gemeinde Tholey

Fotos: Gemeinde Tholey



THOLEY
12.300 Einwohner*innen
www.tholey.de

Nach der Bundestagswahl

Kommunen brauchen Lösungen statt Symbolpolitik



Deutschland hat gewählt. Die politische Landschaft hat sich verändert, aber die Herausforderungen sind geblieben. Der Wahlkampf war geprägt von Symbolpolitik und Konfrontation, doch eine neue Bundesregierung muss nun pragmatische Lösungen liefern.

Wenn die demokratischen Parteien es in den kommenden vier Jahren nicht schaffen, glaubhaft, konstruktiv, kompromissbereit und sachlich zusammenzuarbeiten, um Probleme zu lösen, Vertrauen zurückzugewinnen und unsere Werte zu verteidigen, dann droht unserer Demokratie ein noch größerer Vertrauensverlust.

Kommunen sind das Fundament unserer Demokratie. Hier entscheidet sich, ob Menschen den Staat als handlungsfähig erleben oder nicht. Doch vielerorts stoßen

wir an unsere Grenzen. Die neue Bundesregierung muss sich diesen Realitäten stellen und endlich Antworten liefern.

Die Kommunen erwarten, dass Sacharbeit wieder in den Vordergrund rückt. Denn auf lokaler Ebene lassen sich Probleme nicht mit schönen Worten oder ideologischen Grabenkämpfen bewältigen – hier zählt einzig das Ergebnis.

Kommunale Finanzen: Die Basis für Handlungsfähigkeit schaffen

Viele Städte und Gemeinden sind finanziell am Limit. Hohe Sozialausgaben und wachsende Pflichtaufgaben lassen kaum Spielraum für dringend notwendige Investitionen in Schulen, Infrastruktur und bezahlbaren Wohnraum. Der Investitionsstau ist erdrückend, während gleichzeitig wichtige soziale Angebote erhalten bleiben müssen. Wir brauchen eine verlässliche finanzielle Grundausstattung und eine klare Altschuldenregelung, damit Kommunen handlungsfähig bleiben.

Sozialsysteme sichern, soziale Teilhabe ermöglichen

Die Kommunen tragen eine zentrale Rolle in der sozialen Versorgung. Die steigenden Sozialausgaben sind eine Herausforderung, die Bund, Länder und Kommunen gemeinsam bewältigen müssen. Ob Unterstützung für bedürftige Familien, Pflegeeinrichtungen oder Integration: Die soziale Infrastruktur muss gesichert und finanziert werden. Soziale Teilhabe ist kein Luxus, sondern



MICHAEL SALOMO

Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim

„Die neue Bundesregierung muss den Mut haben, pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu finden, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen.“

Grundlage für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wer hier spart, riskiert langfristig höhere Kosten – finanziell und gesellschaftlich. Eine nachhaltige Sicherung der Sozialsysteme ist essenziell für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Infrastruktur und Digitalisierung: Zukunft gestalten statt Stillstand verwalten

Unsere Infrastruktur veraltet, während die Anforderungen wachsen. Marode Brücken, überlastete Straßen und rückständige Digitalisierung sind Bremsklötze für wirtschaftliche Entwicklung und Lebensqualität. Die Digitalisierung der Verwaltung muss endlich Priorität haben. Verwaltungsprozesse müssen effizienter, Bürgerservices digitaler und die Netzinfrastruktur leistungsfähiger werden. Gleichzeitig brauchen wir massive Investitionen in unsere Verkehrswege, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Diese Aufgaben können Kommunen nicht allein stemmen – hier muss der Bund endlich seiner Verantwortung gerecht werden.

Flüchtlingspolitik: Integration darf keine Frage der Kapazitätsgrenzen sein

Kommunen leisten die Hauptarbeit in der Flüchtlingspolitik. Sie stemmen die Unterbringung, Versorgung und Integration von Geflüchteten, doch ohne genügend Wohnraum, Kita- und Schulplätze sowie Fachkräfte für die Betreuung stößt das System an seine Grenzen. Ohne eine koordinierte Politik von Bund und Ländern werden unsere Strukturen überfordert. Die Bundesregierung muss für eine bessere Steuerung und eine langfristige Finanzierung sorgen, statt Kommunen mit der Aufgabe allein zu lassen. Die Bewältigung von Fluchtbewegungen bleibt eine Daueraufgabe.

Demografischer Wandel: Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern

Die Alterung der Gesellschaft, steigende Pflegekosten und die Abwanderung junger Menschen in die Ballungszentren treffen viele Kommunen hart. Wir brauchen neue Konzepte für Stadtentwicklung, Strategien für generationenübergreifendes Wohnen, bessere Gesundheits- und Pflegeangebote sowie Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raums. Kommunen müssen hier mehr Gestaltungsspielraum erhalten. Statt darauf zu warten, dass sich diese Probleme von selbst lösen, braucht es gezielte Förderprogramme und eine bessere Vernetzung zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

„Kommunen wissen am besten, welche Maßnahmen vor Ort gebraucht werden. Eine echte Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist dringend erforderlich.“



Foto: Privat

Kabinettsaal
im Kanzleramt

Energiewende vor Ort umsetzen

Kommunen spielen eine zentrale Rolle bei der Energiewende. Sie setzen Klimaschutzmaßnahmen um, treiben den Ausbau erneuerbarer Energien voran und sanieren Gebäude. Doch wir brauchen nicht nur ambitionierte Ziele, sondern auch realistische Umsetzungsstrategien. Ohne ausreichende finanzielle Mittel bleibt vieles Stückwerk. Die Bundesregierung muss den Kommunen mehr Handlungsspielraum geben, statt sie mit komplizierten Förderrichtlinien auszubremsten. Klimaschutz kann nur gelingen, wenn er lokal verankert ist.

Mehr Gestaltungsspielraum für Kommunen

Bund und Länder schreiben den Kommunen oft vor, wie sie ihre Aufgaben zu erfüllen haben – ohne ihnen die nötigen Mittel oder Entscheidungsfreiheiten zu geben. Diese Fremdbestimmung muss aufhören. Kommunen wissen am besten, welche Maßnahmen vor Ort gebraucht werden. Eine echte Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung ist dringend erforderlich.

Bürokratieabbau: Weniger Papier, mehr Pragmatismus

Kaum eine Reform verspricht so viele positive Effekte wie der Abbau von Bürokratie. Doch bislang bleibt es oft bei Ankündigungen. Wenn Bauanträge, Fördermittelanträge oder Verwaltungsprozesse Jahre dauern, ist das ein Standortnachteil für unser Land. Deutschland braucht eine schlanke, handlungsfähige Verwaltung – auch auf kommunaler Ebene. Die Digitalisierung kann dabei helfen, aber nur, wenn sie konsequent umgesetzt wird.

Gesundheitsversorgung: Nah, bezahlbar, zukunftsfähig

Der Mangel an Hausarzt*innen, Pflegekräften und Krankenhäusern in ländlichen Regionen ist längst spürbar. Die Bundesregierung muss handeln, um die medizinische Versorgung flächendeckend sicherzustellen. Kommunen brauchen Unterstützung beim Aufbau von Gesundheitszentren, telemedizinischen Angeboten und bei der Gewinnung von Fachkräften.

Jetzt ist die Zeit für Entscheidungen – nicht für politische Spielchen

Die neue Bundesregierung muss den Mut haben, pragmatische Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu finden, um verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen. Das gelingt nicht durch Symbolpolitik oder taktische Manöver, sondern durch mutige Entscheidungen, pragmatische Lösungen und echten Gestaltungswillen. Die Kommunen sind bereit, ihren Beitrag zu leisten – aber wir brauchen endlich die richtigen Rahmenbedingungen. Jetzt liegt es an der Bundesregierung, die richtigen Weichen zu stellen. Jetzt sind klare Konzepte und echte Verantwortung gefragt!

DENN EINES IST KLAR:

Wenn die demokratischen Parteien es nicht schaffen, gemeinsam Probleme zu lösen, wird der Vertrauensverlust in die Politik weiter wachsen – mit fatalen Folgen für unsere Demokratie.

Finanzielle Lage der Kommunen gefährdet Handlungsfähigkeit

Das dritte kommunale Stimmungsbarometer des NJB zeigt besorgniserregende Entwicklungen

VON HENNING WITZEL



Unsere Kommunen stehen unter Druck – und das nicht erst seit gestern.

Mit dem kommunalen Stimmungsbarometer 2025 haben wir als Netzwerk Junge Bürgermeister*innen wieder ein aktuelles Lagebild eingefangen. Die Ergebnisse zeigen: Junge Bürgermeister*innen sind engagiert wie eh und je, doch die finanzielle Situation in den Kommunen spitzt sich weiter zu.

Trotz Herausforderungen: Das Amt bleibt ein Traumjob

Die gute Nachricht zuerst: Trotz aller Widrigkeiten lieben junge Bürgermeister*innen ihren Job. 64% von ihnen geben an, zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit ihrer Arbeit zu sein – ein deutlicher Anstieg im Vergleich zu 52% im Jahr 2024. Und auch die Bereitschaft zur Wiederwahl steigt: Mehr als die Hälfte (54%) der Befragten will sich erneut zur Wahl stellen. Das zeigt, wie groß der Wille ist, in den Städten und Gemeinden aktiv mitzugestalten.

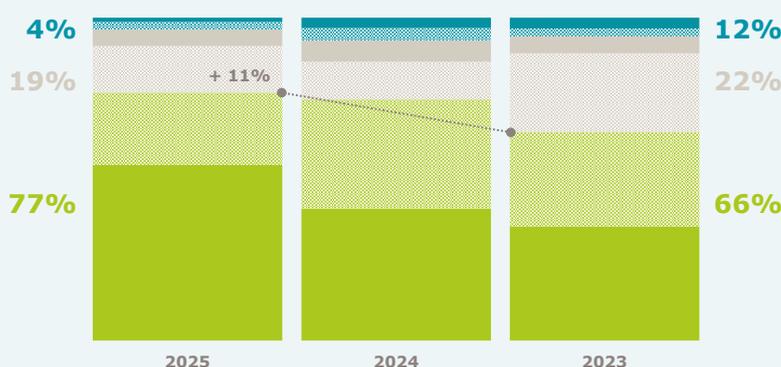
Befragung 2025

Ich bin mit meinem Job als Bürgermeister*in aktuell sehr zufrieden.



Befragung 2025

Ich werde bei der nächsten Wahl wieder kandidieren.



stimme vollständig zu | stimme überhaup nicht zu

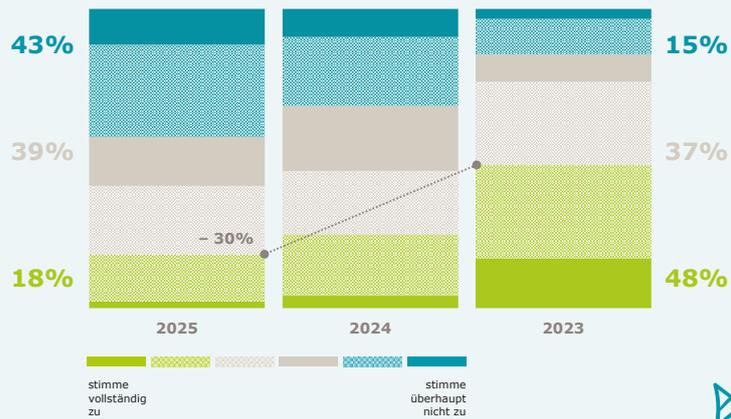
„Es muss wieder mehr in ein wertvolles gesellschaftliches Miteinander investiert werden. Klare Perspektiven zeigen der Bevölkerung auf, dass es weitergeht.“

BÜRGERMEISTERIN BADEN-WÜRTTEMBERG

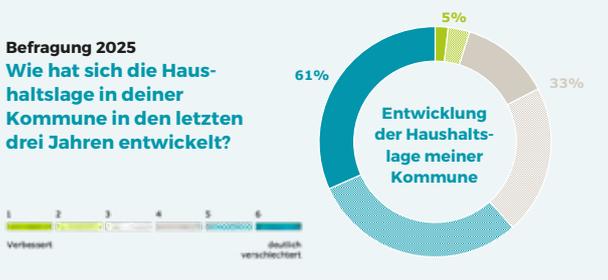
Kommunale Haushalte unter massivem Druck

Doch die finanziellen Rahmenbedingungen trüben das Bild. Mehr als 60% der befragten Bürgermeister*innen berichten von einer Verschlechterung der Haushaltslage in ihrer Kommune – und nur 5% sehen eine Verbesserung. Ganze 42% der Kommunen kämpfen trotz Sparmaßnahmen mit einem erheblichen Defizit. Nur 18% der Bürgermeister*innen halten ihre Kommune für finanziell handlungsfähig – 2023 lag dieser Wert noch bei 48%. Ein alarmierender Rückgang, der zeigt, wie dringend eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen ist.

Befragung 2025 Meine Kommune ist finanziell handlungsfähig.



Befragung 2025 Wie hat sich die Haushaltslage in deiner Kommune in den letzten drei Jahren entwickelt?



Was ist die größte Belastung im Amt?

„Ständig der ‚Prellbock‘ zu sein für politische Entscheidungen, die man auf kommunaler Ebene nicht beeinflussen kann.“

BÜRGERMEISTER BADEN-WÜRTTEMBERG

ANZEIGE

Flexible Zisternen Die zuverlässige Wasserreserve

Große Hitze und anhaltende Trockenheit erhöhen spürbar die Brandgefahr in vielen Regionen und damit auch die Anforderungen an die Löschwasserversorgung. Flexible Zisternen sind eine sichere, kostengünstige und schnell umsetzbare Lösung. Wir beraten Sie gern und zeigen Ihnen auch weitere Einsatzmöglichkeiten der Wasserzisternen, z.B. um Regenwasser für die Bewässerung von Sport- und Grünanlagen zu speichern.

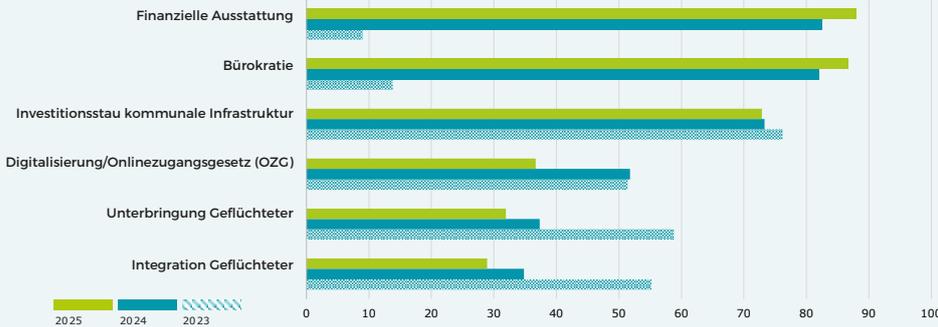
veolia.de/loeschwasserzisternen
E-Mail: de.wasser.zisternen@veolia.com

Maßanfertigungen bis
2000 m³



Befragung 2025

Die folgenden Aufgaben/Herausforderungen führen zur zunehmenden Überlastung meiner Kommune.



„Politik fängt mit der Betrachtung der Realität an. Die Kommunen sind die Orte der Realität und nicht die Debattenkultur in den Plenarsälen.“

BÜRGERMEISTER
NIEDERSACHSEN



Bürokratie, Investitionsstau und knappe Mittel belasten

Neben den finanziellen Sorgen bleibt die Bürokratiebelastung ein drängendes Problem. 87% der Befragten sehen hier ein großes Hindernis für eine effiziente kommunale Arbeit. Hinzu kommt ein massiver Investitionsstau in der Infrastruktur – 73% der Bürgermeister*innen beklagen mangelnde Mittel für notwendige Projekte. Gleichzeitig werden der Fachkräftemangel und der Ausbau von Kita-Plätzen seltener als Problem benannt als in den Vorjahren. Ob sich hier tatsächlich eine Entspannung abzeichnet oder ob die Erwartungen schlicht gesenkt wurden, bleibt offen.

Welche Themen bewegen die Kommunen?

Die Top-Themen auf der kommunalen Agenda bleiben eindeutig:

- **Finanzen** (90% der Befragten sehen hier die größte Herausforderung)
- **Schulen, Kitas und soziale Infrastruktur** (64,5%)
- **Wohnungsbau und Verkehr** (57%)

Auffällig ist der Bedeutungsrückgang der Digitalisierung (nur noch 45%, nach 55% in 2024) und auch Klimaschutzthemen rücken etwas in den Hintergrund (35% nach 51% in 2024).

Zudem bleibt das gesellschaftliche Klima angespannt: 85% der Bürgermeister*innen nehmen eine Verschlechterung wahr. Besonders bedenklich: 30% halten die lokale Demokratie für gefährdet – auch wenn erfreulicherweise 35% explizit widersprechen und dieser Wert damit um 12% im Vergleich zum Vorjahr gestiegen ist.

Was muss sich ändern?

Die Forderungen der jungen Bürgermeister*innen sind klar:

- **Mehr finanzielle Mittel für die Kommunen** (89%, nach 78% in 2024)
- **Ein Ende des ständigen Aufgabenzuwachses** (75%, nach 68% in 2024)
- **Weniger Bürokratie – insbesondere bei Fördermitteln** (66%)

Von der nächsten Bundesregierung erwarten die Bürgermeister*innen eine bessere finanzielle Ausstattung, die Einhaltung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt!“), schnellere Verfahren und eine Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Kommunen brauchen Vertrauen, klare politische Führung und endlich verlässliche Rahmenbedingungen, um handlungsfähig zu bleiben.

ZEIT ZU HANDELN!

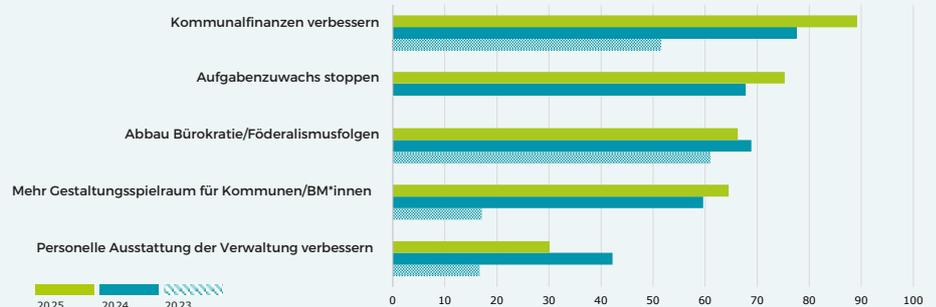
Die Ergebnisse der Umfrage zeigen, dass die Herausforderungen enorm sind – aber auch, dass die Motivation unserer Bürgermeister*innen ungebrochen ist.

Was es jetzt braucht, ist eine entschlossene Unterstützung auf Bundes- und Landesebene. Kommunen sind das Rückgrat unserer Demokratie – lassen wir sie nicht weiter im Regen stehen!

*An der Umfrage des Netzwerks beteiligten sich ab dem 10. Januar 2025 insgesamt 174 junge Bürgermeister*innen aus ganz Deutschland.*

Befragung 2025

Was müsste sich ändern, damit ich meinen Job gut bzw. noch besser machen kann?



„Hört uns Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu und schaut, dass die Basis der Demokratie – die Kommunen – wieder läuft! Sonst wird die Zukunft finster.“

BÜRGERMEISTERIN THÜRINGEN

MIT NACHHALTIGEM STROM IN DIE ZUKUNFT



So wie die Sonne die Quelle allen Lebens ist, bildet Elektrizität heute die Grundlage unseres gesellschaftlichen Lebens und die Basis einer florierenden Wirtschaft. Um dauerhaft und nachhaltig Strom zu erzeugen, setzen wir auf erneuerbare Energien aus der Kraft von Wind und Sonne.

Bei ALTUS investieren wir jede Minute unserer Arbeitszeit in eine nachhaltige Energieversorgung. Unser gemeinsames Ziel ist es, Ökologie und Ökonomie in Einklang zu bringen und die Energieerzeugung in Deutschland dauerhaft klimafreundlicher zu gestalten.

Dafür geben unsere über 80 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen jeden Tag 100% Leistung für 100% erneuerbare Energie aus Windkraft und Photovoltaik.

Ihre Ansprechpartner:

Marco Eggensperger
Geschäftsführer
info@altus-re.de
Telefon: +49 721 6269060



Thorsten Wehner
Politische Kommunikation & Strategie
t.wehner@altus-re.de
Mobil: +49 160 7850260





Ein moderner Staat beginnt in den Kommunen

Debattenpapier des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen

Die Debatte über eine zukunftsfähige Verwaltung und einen modernen Staat ist in vollem Gange.

Aktuelle Impulse wie Ralph Brinkhaus' „100 Vorschläge für den Neustaat“, Malte Spitz und Tarek Al-Wazirs „Ein Staat für Alle – ein Staat, der einfach funktioniert“ sowie Fedor Ruhoses „Deutschland modernisieren“ setzen richtungsweisende Schwerpunkte. Sie adressieren die dringenden Herausforderungen unserer Zeit: die Digitalisierung der Verwaltung, die Überwindung von Silostrukturen und eine klare Kompetenzverteilung im föderalen System.

Diese Ansätze betonen häufig zentrale Steuerung durch neue Institutionen oder engere Vernetzung. Ihre Zielsetzung ist klar: ein handlungsfähiger Staat, der effizienter arbeitet, ohne die Prinzipien des Rechtsstaats zu gefährden. Doch eine entscheidende Ebene bleibt dabei oft wenig beachtet: die Kommunen.

Dabei sind die Kommunen nicht weniger als das Fundament des Staates! Sie sind essenziell für die Funktionsfähigkeit eines modernen, bürgernahen Staates. Dennoch sind Kommunen in der deutschen Verwaltungsarchitektur unzureichend vertreten und oft finanziell sowie organisatorisch überfordert. Eine echte Modernisierung des Staates muss bei den Kommunen beginnen, denn sie sind Schlüsselfaktoren für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratische Stabilität. Hier liegt der Schlüssel zu der geforderten Transformation, die Staat und Verwaltung nicht nur effizienter, sondern auch bürgernäher und zukunftsfähiger macht.

Es ist Zeit, die Kommunen als Ausgangspunkt der angestrebten Reform in den Mittelpunkt zu stellen.

„Es ist Zeit, die Kommunen als Ausgangspunkt der angestrebten Reform in den Mittelpunkt zu stellen.“



Kommunen als Schlüsselakteure eines modernen Staates

Demokratische Verankerung vor Ort: Kommunen sind die Ebene, auf der demokratische Teilhabe am unmittelbarsten erlebbar ist. Sie bieten Bürger*innen die Möglichkeit, Politik aktiv mitzugestalten, sei es durch Bürgerversammlungen, kommunale Bürgerbegehren oder direkte Interaktion mit gewählten Vertreter*innen. Ohne starke Kommunen verliert die Demokratie an Legitimation, da Bürger*innen Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit und Problemlösungskompetenz verlieren.

Direkte Umsetzung staatlicher Aufgaben: Kommunen setzen wesentliche staatliche Leistungen um: Kitas, Schulen, Sozialhilfe, Infrastruktur, Wohnungsbau und Katastrophenschutz. Ihr Erfolg oder Scheitern in diesen Bereichen prägt das Bild des Staates in der Bevölkerung. Die Modernisierung des Staates

ist nur möglich, wenn diese Aufgaben effizient und bürgernah erfüllt werden können.

Transformation und Innovation: Kommunen sind Labore für innovative Ansätze, sei es in der Digitalisierung, im Klimaschutz oder bei der sozialen Integration. Sie haben das Potenzial, Vorreiter für staatliche Transformationen zu sein, benötigen dafür aber mehr Freiräume und Ressourcen.

Unsere Vision ist ein handlungsfähiger, bürgernaher Staat, der Vertrauen schafft und als verlässlicher Partner wahrgenommen wird. Dieses Vertrauen entsteht nicht im abstrakten Verwaltungsapparat, sondern vor Ort in den Kommunen.

Dafür bedarf es einer Modernisierungsagenda, die Prozesse für Bürger*innen, Unternehmen und Verwaltungen gleichermaßen verbessert. Die Probleme des 21. Jahrhunderts lassen sich nicht mit den Strukturen des 19. Jahrhunderts lösen.

Ein starker und effektiver Staat der Zukunft muss sich auf neue Grundlagen stützen, die aus einer tiefgreifenden Modernisierung von Verwaltung und Strukturen hervorgehen. Dabei spielen die Kommunen und die kommunale Selbstverwaltung eine Schlüsselrolle, da sie das Potenzial haben, Verwaltungstransformation von unten heraus voranzutreiben. Kommunen sind nicht nur Verwaltungsinstanzen, sondern die Motoren von Innovation und Transformation. Um ihrer Rolle gerecht zu werden, benötigen sie gezielte finanzielle und strukturelle Unterstützung.

Herausforderungen für Kommunen in einem modernen Staat

Mangelnde finanzielle Ausstattung: Kommunen kämpfen mit strukturellen Haushaltsdefiziten. Sie sind auf Zuweisungen von Bund und Ländern angewiesen, die oft nicht ausreichen, um Pflichtaufgaben zu erfüllen.

Beispiele:

- Unzureichende Mittel für den Ausbau von Kitas trotz des Rechtsanspruchs auf Betreuung.
- Finanzierungslücken bei der Instandhaltung von Schulen und Straßen.

„Kommunen sind zunehmend durch strukturelle Haushaltsdefizite belastet.“

Unzureichende Mitsprache bei der Gesetzgebung: Während Bund und Länder Kammern wie Bundestag und Bundesrat haben, fehlt den Kommunen ein strukturiertes Mitspracherecht bei der Gesetzgebung. Neue Gesetze, wie das Kita-Ausbaugesetz, werden oft beschlossen, ohne die finanziellen und organisatorischen Auswirkungen auf die Kommunen ausreichend zu berücksichtigen.

Überregulierung und Bürokratie

Kommunen sind häufig durch bürokratische Vorgaben in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Komplexe Fördermittelanträge oder aufwendige Berichtspflichten binden Ressourcen, die besser in die Umsetzung lokaler Projekte fließen könnten.

Transformation statt bloßer Effizienzsteigerung

Von einem Abbau unnötiger Bürokratie profitieren nicht nur die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land, sondern auch die Mitarbeitenden in der Verwaltung, die dadurch mehr Zeit für ihre Kernaufgaben und den Dialog mit Bürger*innen haben sollen.

„Statt Innovation und Effizienz zu fördern, werden Kommunen so in einem Dschungel aus Regularien ausgebremst.“

Aber Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck. Bürokratie ist vor allem ein Kernbestandteil unseres Rechtsstaates, der Verlässlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz garantiert. Bei der nötigen Verwaltungsmodernisierung ist entscheidend, dass Kommunen rechtssichere Rahmenbedingungen und innovative Werkzeuge haben, um effizient arbeiten zu können und um ihre Aufgaben effizient zu erfüllen.

Die Digitalisierung bietet enorme Chancen, die Verwaltung effizienter und bürgernäher zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um den Einsatz neuer Technologien, sondern auch um eine grundsätzliche Veränderung der Arbeitsweise und der Kommunikation in der Verwaltung. Eine moderne, digitale Verwaltung muss auch Garant für Bürgernähe durch digitale Partizipation sein. Eine wichtige Voraussetzung ist, dass die Bürger*innen aktiv in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Digitale Bür-

„Kommunen sind Labore für innovative Ansätze in Bereichen wie Digitalisierung, Klimaschutz und soziale Integration.“

gerforen, E-Petitionen und die Möglichkeit, Verwaltungsanliegen online einzureichen, fördern die Bürgerbeteiligung und stärken das Vertrauen in die Verwaltung.

Hierbei darf es nicht bei punktuellen Lösungen bleiben. Die umfassende Digitalisierung der Verwaltung, einschließlich des Einsatzes von KI, muss flächendeckend und zügig vorangetrieben werden. Durch die Einführung standardisierter Prozesse können fehleranfällige oder unnötig komplexe Abläufe vereinfacht werden, ohne die Qualität zu beeinträchtigen.

Es muss jedoch berücksichtigt werden, dass der Abbau bürokratischer Hürden nicht die Rechtskonformität und Effizienz in der Verwaltung gefährden darf. Dies ist nicht nur essenziell für eine funktionierende Wirtschaft, sondern auch für das Vertrauen der Bürger*innen in die Demokratie.

Staatliche Steuerung und kommunale Verantwortung

Die Zukunftsfähigkeit des Staates hängt von einer neuen Balance zwischen zentraler Steuerung und kommunaler Verantwortung ab. Während eine stärkere Koordinierung auf Bundesebene, ob im Bundeskanzleramt oder in einem eigenen Transformationsministerium, notwendig ist, dürfen kommunale Freiheiten nicht eingeschränkt werden, um innovative Ansätze vor Ort zu ermöglichen. Eine zentrale Steuerung darf nicht zur Bevormundung führen.

Wichtig ist, dass Doppelstrukturen vermieden werden, um das „Zuständigkeits-Wirrwarr“ zwischen den Ressorts und den föderalen Ebenen zu beenden.

Forderungen für eine moderne kommunale Selbstverwaltung

- Stärkung der kommunalen Mitsprache bei der Gesetzgebung
- Einrichtung einer „Kommunalkammer“ auf Bundesebene, die bei allen Gesetzen mit kommunalen Auswirkungen angehört wird.

„Kommunen benötigen eine stärkere Stimme auf Bundesebene, um ihrer Rolle als zentrale Säule des Staates gerecht zu werden.“

- Frühzeitige Einbindung von kommunalen Spitzenverbänden in Gesetzgebungsprozesse, ähnlich wie die Länder im Bundesrat.
- Einführung einer Grundsicherung für kommunale Haushalte, die unabhängig von Konjunkturzyklen ist.
- Verpflichtung von Bund und Ländern, die finanziellen Folgen neuer Gesetze vollständig zu kompensieren (Konnexitätsprinzip).
- Abschaffung redundanter Berichtspflichten und Einführung eines „One-Stop-Prinzips“ für Fördermittelanträge.
- Digitalisierung der Verwaltung mit einem Fokus auf interkommunale Zusammenarbeit und nutzerfreundliche Bürgerportale.
- Einrichtung eines Innovationsfonds für Kommunen, der Projekte in Bereichen wie Klimaschutz, Integration und Digitalisierung unterstützt.
- Best-Practice-Plattformen für den interkommunalen Austausch erfolgreicher Projekte.

Die Diskussion um Staatsreform und Verwaltungsdigitalisierung muss integrativ geführt werden. Auch kommunale Praktiker*innen gehören an den Tisch, denn nur durch eine enge Verzahnung der föderalen Ebenen kann die Transformation gelingen. Ziel ist eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit aller Akteur*innen ohne den Aufbau zusätzlicher Strukturen.

Kommunen als Garant für Demokratie und Bürgernähe

In einer Zeit schwindenden Vertrauens in die Demokratie können Kommunen durch Bürgerorientierung und Transparenz ein positives Gegenbeispiel bieten.

Die kommunale Selbstverwaltung ist nicht nur ein Verwaltungsprinzip, sondern ein demokratisches Kernstück. Sie stärkt nicht nur die demokratische Teilhabe, sondern auch die Akzeptanz staatlicher Strukturen. Kommunen gewährleisten Bürgernähe, Mitsprache und eine dezentrale Machtverteilung. Gerade in einer Zeit, in der Vertrauen in den Staat schwindet, können Kommunen durch Transparenz, Effizienz und Bürgerorientierung ein Vorbild sein. Die nächste Bundesregierung muss deshalb die Rahmenbedingungen schaffen, die Kommunen in dieser Rolle stärken und weiterentwickeln.

Die Modernisierung des Staates beginnt in den Kommunen – sie sind nicht nur die ausführende, sondern die gestaltende Ebene unseres demokratischen Systems. Darum müssen Kommunen als gleichberechtigte Partner*innen in die Planungen und Ideen um eine Staatsreform einbezogen werden. Ihre Perspektiven und Bedürfnisse sind entscheidend für eine nachhaltige Transformation. Das Zeitfenster ist eng, doch die Weichen müssen jetzt gestellt werden.

Schlussgedanken

Die Modernisierung des Staates erfordert einen klaren politischen Willen und einen breiten gesellschaftlichen Konsens. Die Rolle der Kommunen als tragende Säulen unserer Demokratie und als Gestalter*innen eines zukunftsfähigen Staates darf dabei nicht länger unterschätzt werden. Was wir brauchen, ist eine Verwaltung, die nicht nur funktioniert, sondern Vertrauen schafft – in die Demokratie, in die Handlungsfähigkeit des Staates und in die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Der populistische Ansatz, Bürokratie allein durch „Verschlankung“ zu reformieren, gefährdet rechtsstaatliche Strukturen und damit die Demokratie selbst. Bürokratie ist nicht das Problem, sondern das Fundament für Gerechtigkeit, Transparenz und Rechtsstaatlichkeit. Effizienz darf nicht wichtiger sein als der Schutz unserer Grundwerte. Deshalb müssen wir Strukturen etablieren, die die Wehrhaftigkeit gegen Verfassungsfeinde und Extremismus stärken.

Wir sind überzeugt, dass wir jetzt schnell handeln müssen, um diese Verwaltungstransformation anzugehen. Die Modernisierung der Verwaltung muss in der nächsten Legislatur oberste Priorität haben – sie ist die Grundlage für den Erfolg aller politischen Felder: Ob Sicherheit, Soziales oder Klimaschutz – ohne eine leistungsfähige Verwaltung auch in unseren Kommunen werden diese Herausforderungen nicht umgesetzt werden können.

Das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen wird weiterhin aktiv für die Stärkung der kommunalen Ebene und junger Ideen eintreten. Der Staat der Zukunft beginnt vor Ort – wir müssen jetzt handeln, bevor wir nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch das Vertrauen in unsere Demokratie aufs Spiel setzen.

„Der Staat der Zukunft beginnt vor Ort – jetzt ist der Moment zu handeln, bevor wir nicht nur die Leistungsfähigkeit, sondern auch das Vertrauen in unsere Demokratie aufs Spiel setzen.“

LINKS ZU DEN DREI O.G. PAPIEREN - EINFACH SCANNEN

Ruhose u.a.:



Brinkhaus



Spitz, Al Wazir u.a.





„In der Politik gibt es nur eine Währung, die zählt, und das ist Vertrauen.“

Foto: Dllolokistockkaladbe.com

Zoff statt Zusammenarbeit

Vor einigen Wochen wurde im internen Chat des Netzwerks über Anfeindungen diskutiert – nicht nur aus der Bevölkerung, sondern auch aus Rat und Verwaltung. Das passiert häufiger, als man denkt.

„Ich hätte nie gedacht, dass es hier passieren würde“, sagt Martin Mertens. Natürlich habe er von großen und kleinen Skandalen in der Politik gehört. Überraschend kam für den Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen (Nordrhein-Westfalen), dass er plötzlich selbst im Zentrum einer solchen Geschichte stand. Dabei war er zu diesem Zeitpunkt bereits ein erfahrener Kommunalpolitiker und zehn Jahre im Amt.

Angefangen habe es damit, dass eine Mitarbeiterin überraschend kündigte, erzählt Mertens. Auf einmal häuften sich in der Lokalzeitung die Vorwürfe von anonymen Personen: Der Rathauschef würde seine Mitarbeiter schlecht behandeln, der Umgangston sei rau, die Arbeitszeiten zu lang. Laut Mertens haben zwei Fraktionen ihn angefeindet. Es wurde sein Rücktritt gefordert, wie auch in Zeitungsberichten aus dieser Zeit nachzulesen ist, denen zufolge Ratsmitglieder Mertens „gezieltes Mobbing“ vorwarfen. Es folgten zwei Dienstaufsichtsbeschwerden gegen den Bürgermeister. Nun ging es unter anderem um den Vorwurf, er würde Fragen des Gemeinderates nicht ordnungsgemäß beantworten. Schließlich hätten auch noch Gerüchte über angebliche sexuelle Affären mit Mitarbeiterinnen kursiert, berichtet Mertens. „Das war so absurd, dass zum Glück irgend-

wann die Leute gesagt haben: Jetzt ist wirklich Schluss.“ Nach seiner Wahrnehmung habe es sich um eine inszenierte Kampagne gehandelt.

Mertens brauchte einige Wochen, um sich zu fangen. Auch für seine Familie sei diese Phase extrem belastend gewesen, erinnert er sich. Doch nach zwei bis drei Wochen habe er einen Schalter umgelegt und begonnen, um sein Amt und seine Reputation zu kämpfen. Die Kommunalaufsicht wies die Dienstaufsichtsbeschwerden schließlich zurück.

„Das ganze Verfahren, aufgebaut auf Lügen und Hetze, hat mich menschlich sehr mitgenommen.“

Dass Konflikte zwischen Räten und Amtsträgern eskalieren, kommt auch in anderen Kommunen vor. Die Körber-Stiftung berichtet von Hinweisen, dass unangemessene Angriffe vermehrt Einzug in Gemeinderäte oder Stadtverordnetenversammlungen gehalten hätten. Ein weiterer Bürgermeister schildert dieser Redaktion ähnliche Erfahrungen. Sein Name ist der Redaktion bekannt, er bittet jedoch darum, ihn im Artikel nicht zu nennen. Ein Teil des Kommunalparlamentes wolle ihn loswerden, spreche Rügen aus, setze ihn öffentlich herab, starte Disziplinarverfahren. Ein Abwahlverfahren habe er bereits überstanden. Vorher seien nach Darstellung des Bürgermeisters Unwahrheiten verbreitet worden:

So wurde ihm vorgeworfen, er unterdrücke Mitarbeiter*innen in der Verwaltung, setze Beschlüsse nicht um und habe seinen Laden nicht im Griff. „Das ganze Verfahren, aufgebaut auf Lügen und Hetze, hat mich menschlich sehr mitgenommen“, erzählt der Amtsträger.

Nachdem das Abwahlverfahren gescheitert war, habe das Kommunalparlament seine Kompetenzen weiter eingeschränkt. „Ich war und bin ein Bürgermeister, der nicht einmal mehr über die notwendige Einstellung von Personal alleine entscheiden durfte“, schreibt er in einer Mail. Auch finanziell seien seine Befugnisse erheblich eingegrenzt worden.

„So kann kein Mensch arbeiten.“ Mittlerweile hat er keine Kraft mehr, um weiterzumachen, und wird bald aus dem Amt scheiden. „Dann kann ich hoffentlich abschließen und bekomme mein Leben zurück.“ Ein neues politisches Engagement kann er sich nicht mehr vorstellen.

Grundsätzliches Problem

Die Beispiele erzählen von persönlichen Tragödien. Sie zeigen aber auch ein grundsätzliches Problem auf. Wenn die Zusammenarbeit von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern mit ihren Stadt- und Gemeinderäten nicht funktioniert, leidet die Kommune darunter. Und wenn engagierte Menschen aus der Kommunalpolitik vertrieben werden, nimmt die Demokratie Schaden.

Dies hat auch die Körper-Stiftung festgestellt. Zusammen mit den kommunalen Spitzenverbänden hat die Stiftung 2021 das Online-Portal „Stark im Amt“ gestartet – eine Anlaufstelle für bedrohte Amts- und Mandatsträger. Zuvor hatte eine Umfrage mit rund 1.600 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern ergeben, dass mehr als die Hälfte von ihnen schon einmal beleidigt, bedroht oder tätlich attackiert worden waren.

„Als wir das Portal aufgestellt haben, haben wir Rückmeldungen von Amtsträgern bekommen, die gesagt haben: Wir werden nicht nur aus der Zivilgesellschaft angegriffen, sondern auch aus den Räten.“ Das erzählt Sven Tetzlaff,

„Ein Teil der Gemeindevertretung wolle ihn loswerden, spreche Rügen aus, setze ihn öffentlich herab, starte Disziplinarverfahren.“

Bereichsleiter Demokratie, Engagement und Zusammenhalt bei der Körper-Stiftung. Diese ließ daraufhin Interviews mit 30 kommunalen Mandatsträgerinnen und -trägern aus verschiedenen Regionen durchführen. Die Befragten sahen parteiübergreifend Verbesserungsbedarf bei der Diskussionskultur. Es fehle an Respekt, Sachlichkeit und Kompromissbereitschaft, hieß es.

Frauen seien davon besonders betroffen, erklärt Sven Tetzlaff, „weil sie häufig sexualisiert, beleidigt, beschimpft und abgewertet werden“. Auch dazu gebe es repräsentative

Umfragen. Dies dürfte einer der Gründe sein, weshalb Frauen in kommunalpolitischen Ämtern immer noch stark unterrepräsentiert sind. Laut einer Schätzung, die der Deutsche Städte- und Gemeindebund 2024 veröffentlicht hat, wird nicht einmal jede siebte Gemeinde von einer Frau geleitet.

In Gesprächen hört Sven Tetzlaff immer wieder, dass das Gesprächsklima rauer geworden sei. Gründe dafür sieht er zum einen in stark emotionalisierenden Themen wie Energiewende, Verkehr oder Geflüchtete. Zum anderen fänden politische Auseinandersetzungen auch außerhalb der Ratssitzungen in sozialen Medien statt. Hier gebe es extrem scharfe Angriffe. Empörungspostings würden von den Algorithmen besonders stark verbreitet.

Respekt im Rat

Die Stiftung hat auf diese Erkenntnis reagiert und das Workshop-Format „Respekt im Rat“ ins Leben gerufen. „Wir gehen in einen Rat rein, stellen das Projekt vor und verbinden das mit einer anonymen Befragung“, erklärt Tetzlaff. Die Ergebnisse würden dann zur Diskussion gestellt, woraufhin der Rat sich entscheidet, ob er an dem Programm teilnehmen will. Wenn ja, treffen sich Vertreter*innen der verschiedenen Fraktionen zwei Tage lang und erarbeiten einen Gesprächskodex. Im Idealfall wird dieser vom Rat beschlossen und zum Beispiel als Anhang in die Satzung oder Geschäftsordnung aufgenommen.

Dieses Format hat jedoch Grenzen. Das zeigt das Beispiel Neubrandenburg. Die Kreisstadt in Mecklenburg hat als Pilotkommune am Projekt „Respekt im Rat“ teilgenommen. „Wir waren damals ein bisschen unsicher, ob das klug ist“, gesteht Tetzlaff. Sein Team hatte bereits gehört, dass es hier tieferliegende Probleme im Umgang miteinander gab. Diese könne ein Kodex allein nicht lösen, betont der Experte.

Trotzdem ließ sich die Körper-Stiftung auf das Wagnis ein – mit einigem Erfolg. Die Teilnehmenden waren zufrieden und einigten sich auf ein 16-Punkte-Papier. Darin standen Sätze wie „Wir gehen respektvoll und wertschätzend miteinander um“ oder „Wir lassen einander ausreden und hören einander zu“. Allerdings zielte das Projekt nur darauf, die Kommunikation der Ratsmitglieder untereinander zu verbessern. Die Stadtverwaltung wurde nicht einbezogen.

Der große Knall folgte im Oktober 2024. Da kündigte Oberbürgermeister Silvio Witt seinen Rücktritt an. Vorausgegangen war ein Beschluss der Stadtvertretung, dass vor dem Bahnhofsgebäude künftig keine Regenbogenflagge mehr gehisst werden dürfe. Witt ist mit einem Mann verheiratet, die Entscheidung dürfte er auch als persönlichen Affront verstanden haben. Dies sei aber nur das „Ende einer langen Kette von Ereignissen“ gewesen, sagte er später.

Auf Nachfrage der DEMO-Redaktion, wie er das Verhältnis zur Stadtvertretung wahrnimmt, sagt Witt: „Grundlegend ist die Zusammenarbeit erstmal da.“ Man habe die Stadt in den vergangenen zehn Jahren gemeinsam weiterentwickelt. Er habe aber vor seinem Einstieg in die Politik nicht damit gerechnet, dass persönliche Animositäten und Nickerlichkeiten schon auf kommunaler Ebene nach seiner Wahrnehmung eine so große Rolle spielten. Schließlich begegne man sich doch ständig im Supermarkt, im Theater oder anderswo in der Stadt. Er selbst sei ein politischer Quereinsteiger und ein emotionaler Mensch. Mit sachlicher Kritik habe er umzugehen gelernt, er finde sie sogar gut. „Etwas anderes ist es, wenn Sie dann merken, dass Sie hinter vorgehaltener Hand nicht für Ihre Politik, für die Art und Weise der Amtsausübung kritisiert werden, sondern dafür, wie Sie als Mensch sind.“ Vertraute hätten ihm zum Beispiel berichtet, dass er in Fraktionssitzungen im Politikbetrieb von Einzelnen mit diffamierenden Spitznamen wie „Mädchen“ oder „Ziege“ versehen worden sei.

Witt ist überzeugt: Die Menschen wünschen sich nahbare Politikerinnen und Politiker, die emotional sind und auch mal einen Fehler zugeben. Das funktioniere aber nicht. Wenn ein Politiker eine Achillesferse erkennen lasse, sich verletzlich zeige, werde er bekämpft. In der Stadtvertretung gebe es viele gute, konstruktive Leute. Manche seien aber nach seiner Wahrnehmung nur auf Skandale und Schlagzeilen aus. „Man hat darauf gewartet, dass ich Fehler mache“, meint Witt. Zum Beispiel sei er als Kabarettist bei einer Benefizveranstaltung aufgetreten und habe 2.500 Euro für eine städtische Stiftung



„Wir werden nicht nur aus der Zivilgesellschaft angegriffen, sondern auch aus den Räten.“

erspielt. Daraufhin habe ein Stadtvertreter in einer öffentlichen Sitzung gefragt, seit wann auf städtischen Social-Media-Accounts Werbung für Privatvorstellungen des Oberbürgermeisters gemacht werde. „Wäre er vorher zu mir gekommen, hätte ich erklärt, dass es gar nicht meine Veranstaltung ist“, sagt Witt. Aber dieses Zwischenmenschliche existiere nicht.

Lange unterschätzt

Was lässt sich dagegen tun, dass Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vom Rat zermürbt und aus dem Amt getrieben werden? Sven Tetzlaff von der Körber-Stiftung rät dazu, eine kommunale Konfliktberatung oder Mediation aufzusuchen, wenn tieferliegende Probleme die Zusammenarbeit erschweren. Allerdings mangelt es bisher noch an spezialisierten Hilfsangeboten für Amtsträger und Räte, offenbar wurde das Thema lange Zeit unterschätzt. Eine weitere Möglichkeit laut Tetzlaff: Versammlungsleiter könnten an Schulungen teilnehmen, um Konflikte besser zu moderieren. Bürgermeister Martin Mertens hat aus seinen

Erfahrungen den Schluss gezogen, dass er vorsichtiger und weniger vertrauensselig werden müsse. „Ich habe Leute in mein Umfeld gelassen, die mir nichts Gutes wollten“, sagt er. „Man wappnet sich.“ Das gelte auch in juristischer Hinsicht. Mertens hat sich medienrechtlich beraten lassen, um besser gegen Falschbehauptungen vorgehen zu können.

„Als ich ins Amt kam, dachte ich nicht, dass ich sofort einen Anwalt brauche, um mich persönlich zu verteidigen“, kommentiert der eingangs zitierte Bürgermeister, der anonym bleiben möchte. Es sei wichtig, dass man sich eine Amtshaftpflichtversicherung zulege und Vertraute um sich habe, die einem Kraft geben. Das könnten Freunde und Familie sein, aber auch ein Mentaltrainer oder Netzwerke. Außerdem betont er: „In der Politik gibt es nur eine Währung, die zählt, und das ist Vertrauen.“ Wenn niemand mehr vertraue, werde es schwer, zueinander zu finden.

Neubrandenburgs Noch-Oberbürgermeister Silvio Witt wünscht sich, dass auch die Bürgerinnen und Bürger nicht wegsehen, wenn Amtsträger angegangen werden.



CARL-FRIEDRICH HÖCK

Leitender Redakteur DEMO – dieser Beitrag entstand als gemeinsames Projekt von WirKommunalen und DEMO.

Foto: Dirk Bleicker

„Wir alle müssen verstehen, dass Demokratie von uns lebt, dass wir unsere demokratischen Vertreter schützen müssen, weil sie etwas für die Gemeinde, das Land oder für den Bund tun.“

ANZEIGE

HASS? NICHT MEIN MANDAT!

Gewalt und Bedrohungen gehören nicht zu Ihrem Amt in der Kommunalpolitik. Schützen Sie sich – die starke Stelle hilft.

☎ 0800-300 99 44
🌐 www.starkestelle.de
✉ info@starkestelle.de

**starke
Stelle**

Ihr Kontakt gegen
Gewalt im Amt

Gefördert durch:

 Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Rathaus
Großalmerode

Die Bedeutung von Bürgerbefragungen für kleine Kommunen

Ein Erfahrungsbericht aus Großalmerode

Die Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in kommunale Entscheidungsprozesse ist eine zentrale Aufgabe der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Vor und während der Amtszeit werden klare Ziele formuliert, die es umzusetzen gilt. Im hektischen kommunalpolitischen Alltag, der oft von unerwarteten Herausforderungen und dringenden Verwaltungsaufgaben geprägt ist, geraten diese Vorhaben jedoch manchmal in den Hintergrund. Insbesondere im Rahmen der Haushaltsaufstellung stellt sich dann die entscheidende Frage: In welche Richtung möchten wir die Kommune entwickeln? Um fundierte Entscheidungen treffen zu können, ist es wichtig, die Perspektiven der Bürgerinnen und Bürger zu kennen und daraus zielgerichtete Handlungsmöglichkeiten abzuleiten.

Erfahrungen im Mitwirkungsprozess

In Großalmerode, einer Kleinstadt im nordhessischen Geo-Naturpark Frau-Holle-Land mit rund 6.000 Einwohnern, wurde im vergangenen Jahr eine umfassende Bürgerbefragung durchgeführt. Angesichts begrenzter personeller und finanzieller Ressourcen, wie sie für viele Kommunen im ländlichen Raum typisch sind, war es dennoch ein wichtiges Anliegen, eine breite und inklusive Beteiligung zu ermöglichen. Daher fiel die Wahl auf den Delfio MeinungsMonitor – eine benutzerfreundliche digitale Plattform, die eine schnelle und übersichtliche Auswertung der Ergebnisse ermöglichte und wertvolle Erkenntnisse für die Weiterentwicklung der Stadt lieferte. Dank der finanziellen Unterstützung durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ konnte das Projekt zusätzlich gefördert werden, was die Umsetzung wesentlich erleichterte.

Die Online-Befragung konnte aufgrund der bereits vorhandenen konzeptionellen Struktur von Delfio schnell umgesetzt werden. Die Ergebnisse lagen innerhalb kürzester Zeit vor. Ein wesentlicher Erfolgsfaktor war die Reichweite. Da es sich um eine digitale Befragung handelte, wurden vor allem moderne Kommunikationskanäle genutzt, um eine breite

Teilnahme zu gewährleisten. Besonders erfolgreich war die Verteilung des Umfragelinks über die WhatsApp-Gruppen der Stadtteile und der Vereinsvorsitzenden. Dieser direkte Kommunikationsweg ermöglichte eine schnelle und gezielte Verbreitung, was zu einer hohen Beteiligung führte. Ein weiteres zentrales Anliegen war die Einbindung von Seniorinnen und Senioren. Viele von ihnen nutzten bereits digitale Endgeräte. Mit Unterstützung des Seniorenbeirats wurde ein Tablet zur Verfügung gestellt, auf dem der Fragebogen direkt bei den Veranstaltungen ausgefüllt werden konnte. Dieses Angebot wurde sehr gut angenommen und stellte sicher, dass auch diese wichtige Bevölkerungsgruppe ihre Perspektive einbringen konnte. Ein besonders wichtiger Aspekt war auch die transparente Kommunikation. Der Link zur Befragung wurde frühzeitig über verschiedene Kanäle verbreitet und die Bürgerinnen und Bürger wurden vorab darüber informiert, dass die Ergebnisse in einer Bürgerversammlung vorgestellt werden. Dies trug dazu bei, das Vertrauen in den Beteiligungsprozess zu stärken und die Bürgerinnen und Bürger davon zu überzeugen, dass ihre Rückmeldungen tatsächlich berücksichtigt werden.

Erkenntnisse aus der Befragung

Die Auswertung der Befragung lieferte wertvolle Einblicke in die Wahrnehmung der Kommune. Besonders erfreulich war, dass sowohl die Verwaltung als auch die Bürgernähe der politisch Verantwortlichen sehr positiv bewertet wurden. Eine überraschende Erkenntnis war, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger digitale Verwaltungsdienstleistungen wünschen, diese aber teilweise bereits angeboten werden. Dies zeigte, dass eine verstärkte Kommunikation über bestehende digitale Angebote notwendig ist. Aufgrund dieser Rückmeldungen wurde die Darstellung der Online-Dienste auf der Website optimiert, um die Bürgerinnen und Bürger gezielt über diese Angebote zu informieren. Ein weiteres zentrales Thema war die Infrastruktur. Durch die Möglichkeit, offenes Feedback zu geben,

konnten auch kontroverse Themen angesprochen werden, wie z.B. die Diskussion um das derzeit geschlossene Freibad. Solche Rückmeldungen sind für die Entscheidungsfindung von großer Bedeutung, da sie helfen, die Bedürfnisse und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger besser zu verstehen. Die Ergebnisse wurden nicht nur auf der Homepage veröffentlicht, sondern auch auf einer Bürgerversammlung vorgestellt. In den anschließenden Diskussionen wurde deutlich, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger hinter den getroffenen Entscheidungen steht. Dies stärkt das Gemeinschaftsgefühl und sorgt für eine breitere Akzeptanz politischer Maßnahmen.

Fazit

Die Bürgerbefragung war ein großer Erfolg. Sie hat nicht nur wertvolle Informationen über die Anliegen und Prioritäten der Bevölkerung geliefert, sondern auch dazu beigetragen, Ressourcen gezielter einzusetzen und politische Entscheidungen besser zu begründen. Darüber hinaus wurde durch die aktive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger das Vertrauen in die Kommunalpolitik gestärkt und das Gefühl der Mitgestaltung gefördert. Aufgrund des Erfolges der Befragung ist es wahrscheinlich, dass in Zukunft weitere ähnliche Befragungen durchgeführt werden, um die Fortschritte zu überprüfen und den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern aufrechtzuerhalten.



FINN
THOMSEN
Bürgermeister
von Großalmerode

Fotos: Gemeinde Großalmerode

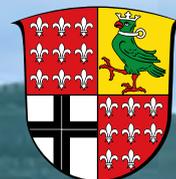


Foto: Dana Hauke

Demokratie leben – Eiterfelds Weg zu mehr Bürgerbeteiligung

In einer Zeit, in der demokratische Strukturen vielerorts unter Druck stehen, zeigt die Markt-gemeinde Eiterfeld, wie lokale Demokratie aktiv gestärkt werden kann.



DANA
HAUKE
Bürgermeisterin der
Markt-gemeinde Eiterfeld

Foto: Berlings&Reith

Wir Kommunen sind der Anker der Demokratie, in der diese täglich gelebt wird. Mit Leidenschaft setze ich auf drei Säulen: zuhören, vernetzen und handeln.

Zuhören: Bürgerbeteiligung als Fundament

Die Größe unserer Markt-gemeinde mit 20 Ortsteilen auf knapp 90 Quadratkilometern stellt uns vor besondere Herausforderungen. Mithilfe eines Meinungsmonitors haben wir die Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger systematisch erfasst. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse bilden die Grundlage für unsere weiteren Projekte und Initiativen. Die Ergebnisse haben wir in einer Bürgerin-formationsveranstaltung vorgestellt und gemeinsam diskutiert – ein Abend voller Gespräche, der zeigte, wie sehr unsere Bürgerinnen und Bürger mitgestalten wollen. Besonders beeindruckt haben mich die konstruktiven Vorschläge und Ideen.

Vernetzen: Das FamilienNETZwerk

Ab April 2025 startet in Kooperation mit dem Kolpingwerk unser FamilienNETZwerk. Ich freue mich besonders auf dieses Projekt, weil es Menschen aller Generationen und Lebenssituationen zusammenbringt – vom Teenager bis zur Seniorin, vom Zugezogenen

bis zum Urgestein unserer Markt-gemeinde. Hier begegnen sich Menschen, die Unterstützung erfahren und Gemeinschaft erleben. So wächst das Vertrauen in gesellschaftliche Strukturen. Das FamilienNETZwerk wird ein lebendiger Ort des Miteinanders sein und unsere Markt-gemeinde durch gezielte bedarfsorientierte Angebote bereichern. In meinen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wird immer wieder deutlich: Wir freuen uns auf das FamilienNETZwerk.

Handeln: Regionalprojekt „Wohnen und Arbeiten in Eiterfeld“

Von April 2025 bis September 2025 wird das Regionalprojekt „Wohnen und Arbeiten in Eiterfeld“ in Zusammenarbeit mit dem Kreisjobcenter des Landkreises Fulda durchgeführt: eine Arbeitsmarktvermittlung direkt vor Ort in unserer Markt-gemeinde. Ziel ist es, gemeinsam mit heimischen Unternehmen und Langzeitarbeitslosen passende Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen und den Zugang zum Arbeitsmarkt in unserer eigenen Markt-gemeinde zu erleichtern.

tern. Wir unterstützen diese Initiative aktiv durch die Bereitstellung eines geeigneten Raumes. Mit diesem Angebot bringen wir lokale Unternehmen und Menschen, die eine berufliche Perspektive suchen, gezielt zusammen. Menschen mit beruflichen Perspektiven entwickeln ein stärkeres Zugehörigkeitsgefühl und engagieren sich eher für das Gemeinwohl. Das ist gelebte Demokratie im Alltag und Stärkung des Zugehörigkeits- und Heimatgefühls.

In schwierigen Zeiten sind Kommunen gefordert. Wir haben die direkte Nähe zu den Menschen, wir sehen ihre Sorgen und Hoffnungen. Das Vertrauen in demokratische Prozesse kann hier gewonnen werden. Als Bürgermeisterin verstehe ich meine Rolle als Brückenbauerin. Wir haben eine Vorbildfunktion, um Demokratie aktiv zu leben. Mit jedem gemeinsamen Projekt machen wir deutlich: Demokratie ist kein abstraktes Konzept, sondern tägliche Praxis des Miteinanders. Die Botschaft ist klar: Demokratie gelingt, wenn wir sie mit Herz und Hand alle gemeinsam gestalten.



Die Kommunalkids

Ein spielerischer Einblick in die Welt der Kommunalpolitik



Das Spiel eignet sich ideal für Rathausbesuche von Grundschulklassen und bietet eine spannende Alternative zu klassischen Fragerunden oder Führungen.

Wie funktioniert eine Gemeinde?

Welche Projekte kann man umsetzen, wenn das Geld begrenzt ist? Und wie laufen Entscheidungen im Gemeinderat ab?

Mit dem Spiel „Die Kommunalkids“, entwickelt von Matthias Beer, 1. Bürgermeister von Beratzhausen, können Grundschüler*innen diese Fragen auf spielerische Weise erleben.

Das kurze Rollenspiel, das etwa 15 Minuten dauert, ermöglicht den Kindern, in die Rollen einer Gemeinderatssitzung zu schlüpfen.

Dabei wird deutlich: Nicht alle Wünsche können erfüllt werden, selbst wenn die Steuern erhöht werden. Die Kinder müssen lernen, zu argumentieren, Prioritäten zu setzen und Kompromisse einzugehen – genau wie in der echten Kommunalpolitik.

Das Spiel eignet sich ideal für Rathausbesuche von Grundschulklassen und bietet eine spannende Alternative zu klassischen Fragerunden oder Führungen. Es macht deutlich, wie herausfordernd und verantwortungsvoll kommunalpolitische Entscheidungen sind.

Kostenfreier Download

„Die Kommunkids“ steht allen Interessierten kostenfrei zum Download zur Verfügung. Einfach auf festem Papier ausdrucken – und los geht’s!

Viel Spaß beim Diskutieren, Verhandeln und Entscheiden – die kleinen Kommunalpolitiker*innen werden begeistert sein!

<https://www.junge-buergermeisterinnen.de/für-kids/kommunal-kids/>



Hinweis zum Copyright

Das Spiel ist zur eigenen Nutzung kostenfrei. Bitte beachten Sie, dass eine Vervielfältigung oder Weitergabe unter eigenem Namen nicht erlaubt ist. Bei Nutzung sowie bei Medienanfragen bitten wir darum, Matthias Beer und das Netzwerk Junge Bürgermeister*innen als Urheber zu nennen.



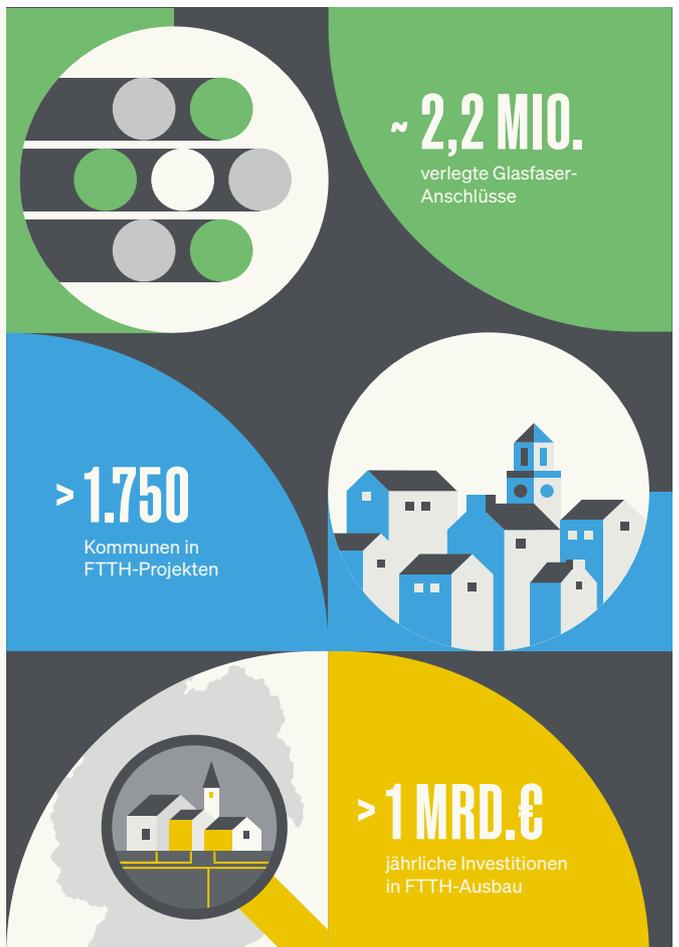
ANZEIGE

OPEN ACCESS STATT DOPPELAUSBAU.

Kooperation statt Konkurrenz: Das ist unsere Devise beim **Glasfaser-Ausbau**. Wir setzen uns gegen den Doppelausbau ein, der volkswirtschaftlich unsinnig ist und Anwohner doppelt belastet. Mit Open Access fördern wir den **fairen Wettbewerb** und bieten Kunden echte Wahlfreiheit zwischen starken Angeboten und Leistungen. Mehr erfahren Sie hier: deutsche-glasfaser.de/kommunen

Deutsche Glasfaser Wholesale GmbH - Kontakt: 40463 Düsseldorf (Postanschrift)

Gemeinsam Großes gestalten.



Der Speditionskaufmann im Rathaus

Quereinstieg in die Verwaltung: Eine Chance für Kommunen und Berufsumsteiger*innen

Der Fachkräftemangel in den Kommunalverwaltungen ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. In vielen Städten und Gemeinden fehlen Mitarbeitende, während gleichzeitig die Aufgaben immer umfangreicher werden. Auch in Stockelsdorf stehen wir vor dieser Herausforderung. Deshalb haben wir uns entschlossen, neue Wege zu gehen und verstärkt Quereinsteiger*innen für die Verwaltung zu gewinnen.

Oft gibt es das Vorurteil, dass in der Privatwirtschaft noch „richtig“ gearbeitet wird – und dass Verwaltungsarbeit weniger anspruchsvoll sei. Das ist natürlich Unsinn. Meine Mitarbeiter*innen in der Verwaltung leisten hervorragende Arbeit und haben ebenso volle Schreibtische wie anderswo. Wer glaubt, sich bei uns ausruhen zu können, irrt – das gilt auch für Quereinsteiger*innen.

Natürlich eignet sich nicht jede Position für den Quereinstieg, und manche Branchen vermitteln nicht die passenden Qualifikationen für den Quereinstieg in die Kommunalverwaltung. Entscheidend ist, sich die Bewerber*innen genau anzusehen und ihr Potenzial richtig einzuschätzen.

Ein besonders gelungenes Beispiel ist Mårten Eklund, der vor seinem Wechsel in unsere Verwaltung als Speditionskaufmann gearbeitet hat. Er war es gewohnt, rund um die Uhr erreichbar zu sein und viele Überstunden zu machen. Als sein kleiner Sohn ihn eines Tages fragte, ob er einen Termin machen müsse, um Zeit mit ihm zu verbringen, wurde ihm klar: Es muss sich etwas ändern. Heute arbeitet er in unserem Bürgerbüro, stellt Ausweise aus, meldet Menschen um und hat sich sogar zum Standesbeamten weiterqualifiziert.

*„Meine Mitarbeiter*innen in der Verwaltung leisten hervorragende Arbeit und haben ebenso volle Schreibtische wie anderswo. Wer glaubt, sich bei uns ausruhen zu können, irrt – das gilt auch für Quereinsteiger*innen.“*

Der Wechsel war für ihn nicht nur beruflich, sondern auch persönlich ein Gewinn. Denn die Arbeit in der Verwaltung bietet einige Vorteile für Menschen aus der Privatwirtschaft: Sie haben die Möglichkeit, aktiv an gesellschaftlich relevanten Themen mitzuwirken und ihre Erfahrung in sinnstiftende Aufgaben einzubringen. Zudem profitieren sie von sicheren Arbeitsbedingungen, geregelten Arbeitszeiten und langfristigen Entwicklungsmöglichkeiten. Viele Quereinsteiger*innen schätzen es, dass sie in der Verwaltung eigenverantwortlich arbeiten können, ohne den ständigen Wettbewerbsdruck, den sie aus der Privatwirtschaft gewohnt sind.

Eine Weiterbildung an der Verwaltungsakademie Bordesholm brachte Mårten Eklund in wenigen Monaten auf den Wissensstand eines Verwaltungsfachangestellten. Natürlich war das nicht immer leicht, vor allem die Arbeit



Foto: Gemeinde Stockelsdorf



Foto: NDR

Dass unser Projekt Vorbildcharakter hat, zeigt auch die mediale Aufmerksamkeit: Sogar der NDR hat im Schleswig-Holstein Magazin darüber berichtet. Das bestätigt uns darin, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Ich möchte meine Amtskolleg*innen ermutigen, ebenfalls neue Wege in der Personalgewinnung zu beschreiten. Der Quereinstieg ist nicht nur eine Notlösung – er ist eine echte Chance für die Zukunft unserer Verwaltungen.

mit Gesetzestexten, da Deutsch nicht seine Muttersprache ist. Doch der Einsatz hat sich gelohnt – für ihn und für uns als Verwaltung.

Denn wir profitieren enorm von den frischen Perspektiven, die Quereinsteiger*innen mitbringen. Sie hinterfragen eingespielte Abläufe, bringen Erfahrungen aus anderen Branchen ein und bereichern so unsere Ver-

waltungskultur. In Stockelsdorf haben wir damit sehr gute Erfahrungen gemacht. Auch in anderen Kommunen Schleswig-Holsteins, etwa in Kiel, Neumünster oder Ratzeburg, wird dieser Weg inzwischen erfolgreich beschritten. Die Verwaltungsakademie Bordesholm verzeichnet bereits einen deutlichen Anstieg an Teilnehmer*innen in ihren Quereinsteiger*innen-Kursen.



JULIA SAMTLEBEN
Bürgermeisterin der Gemeinde Stockelsdorf
1. stv. Bundesvorsitzende des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen

Foto: Gemeinde Stockelsdorf

ANZEIGE

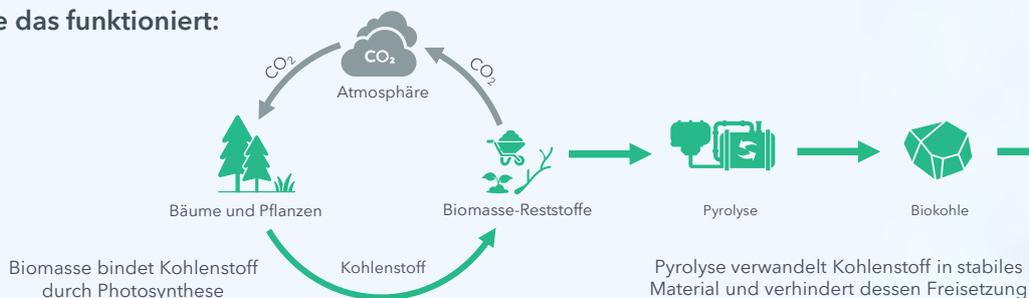
Die Zukunft der Baumaterialien ist hier!

ecoLocked

Verwandeln Sie Ihr Gebäude in eine Kohlenstoffschenke!

Beton neu gedacht – von der Klimabelastung zur Klimachance.
Unser CO₂-negativer Zusatzstoff macht den Unterschied.

Wie das funktioniert:



Interessieren Sie sich für unsere Lösung?

www.ecoLocked.com
Kontaktieren Sie uns gerne unter: info@ecolocked.com

Folgen Sie uns auf LinkedIn ▶





Alles gut!?

Demokratie bewahren – kommunale Zukunft sichern

Es ist wieder so weit: Die Jahreskonferenz des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen steht vor der Tür – und in diesem Jahr wird es richtig spannend! Unter dem Motto „Alles gut!? – Demokratie bewahren, kommunale Zukunft sichern“ wollen wir uns mit euch auf die großen Fragen der Kommunalpolitik stürzen und gemeinsam neue Ideen für die Zukunft entwickeln. Die Veranstaltung findet am 04. und 05. Juni 2025 in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin-Tiergarten statt.

Freut euch auf Impulse von vielen prominenten Gästen aus Politik und Gesellschaft. Zugesagt haben u. a.: **Jörg Schönenborn**, Programmdirektor Information, Fiktion und Unterhaltung beim WDR, **Petra Roth**, OB a. D. von Frankfurt und ehemalige Städtetagspräsidentin, **Dirk Neubauer**, Landrat a. D., **Ruprecht Polenz**, ehem. CDU-Generalsekretär, **Claudine Nierth**, Mehr Demokratie e.V., **Manuel Hagel**, MdL, CDU-Fraktions- und Landesvorsitzender Baden-Württemberg, **Ann Cathrin Riedel**, Geschäftsführerin NExT e.V., **Ralph Brinkhaus**, MdB; **Peter Kurz**, OB a.D. von Mannheim, **Charlotte Bartels**, Universität Leipzig, Institut für öffentliche Finanzen und Public Management, u.v.m.

Daneben wird es auch wieder Speeddatings und „Frühstücks-Impulse“ mit ausgewählten Ausstellern geben. Die begleitende Fachausstellung bietet zudem wieder interessante Anregungen für eure Arbeit vor Ort. Erwartet spannende Anregungen, neue Ideen und vor allem den wichtigen kollegialen Austausch untereinander. Am 05. Juni steht auch die Mitgliederversammlung des Netzwerks auf dem Programm.

Also meldet euch gleich an:

<https://tms.aloom.de/jahreskonferenz-2025-netzwerk-junge-buergermeisterinnen>



MITTWOCH, 04. JUNI 2025

13:00 Einlass: Netzwerken und Besuch der Fachausstellung

14:00 **ERÖFFNUNG JAHRESKONFERENZ 2025**
Begrüßung durch die Moderatorin
Sally Lisa Starken

14:15 Begrüßung und Rede
Michael Salomo, Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim und Bundesvorsitzender des Netzwerks Junge Bürgermeister*innen e.V.

14:30 **AUSSTELLER-SPOTLIGHT 1**
Innovationen auf der Bühne
Drei Aussteller präsentieren sich jeweils für 3 Minuten auf der Hauptbühne.

14:40 DISKUSSION
Die übersehenen Helden: Warum Bürgermeister*innen für die Demokratie unverzichtbar sind – Wie Kommunen ihre Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung stärken können
Diskussionsrunde mit **Jörg Schönenborn**, Programmdirektor Information, Fiktion und Unterhaltung beim WDR, **Prof. Dr. h. c. Petra Roth**, Oberbürgermeisterin a. D. Stadt Frankfurt am Main und ehem. Präsidentin des Deutschen Städtetages, **Prof. Stephan Habscheid**, Uni Siegen, **Michael Salomo**, Oberbürgermeister der Stadt Heidenheim



15:40 AUSSTELLER-SPOTLIGHT 2

Innovationen auf der Bühne

Drei Aussteller präsentieren sich jeweils für 3 Minuten auf der Hauptbühne.

15:50 Kaffeepause und Besuch der Fachausstellung

16:20 AUSSTELLER-SPOTLIGHT 3

Innovationen auf der Bühne

Drei Aussteller präsentieren sich jeweils für 3 Minuten auf der Hauptbühne.

16:30 WORKSHOPRUNDE 1

Drei parallele Foren

Kurze Vorstellung der Themen/Referent*innen – Übergang in die Foren

FORUM 1: Herausforderungen und Lösungen für gute Kommunal Finanzen

Mit den neuen kommunalpolitischen Sprecher*innen der Bundestagsfraktionen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke

FORUM 2: Digitale Verwaltung in der Praxis – Erfolgsmodelle und Stolpersteine

Mit **Ann Cathrin Riedel**, Geschäftsführerin NEXt e.V., **Marc Groß**, Vertreter des Vorstands KGSt, **Matthias Punz**, SZ Dossier Digitalwende

FORUM 3: Lokale Demokratie bewahren – Handlungsspielräume für Kommunen

Mit **Dirk Neubauer**, DenkwerkOst e.V., **Ruprecht Polenz**, Polit-Influencer und „Goldener Blogger 2020“, **Claudine Nieth**, Vorstandssprecherin Mehr Demokratie e.V.

18:00 NETWORKING-SESSION 1

Austausch und Vernetzung

Die Teilnehmer*innen können sich in lockerer Atmosphäre über die Ergebnisse der Workshops austauschen und neue Kontakte knüpfen.

18:30 Pause und Besuch der Fachausstellung

19:00 DISKUSSION

Alles gut in den Kommunen? Zukunftsperspektiven für die kommunale Politik nach der Bundestagswahl 2025 – Welche Weichen müssen jetzt gestellt werden?

Diskussionsrunde mit **Cem Özdemir**, MdB, Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft (A), **Manuel Hagel**, MdL, CDU-Fraktions- und Landesvorsitzender Baden-Württemberg, **Julia Jäkel**, Managerin, „Initiative für einen handlungsfähigen Staat“(A)

20:00 NETZWERKDIALOG

Möglichkeit für informellen Austausch

PARALLEL +++ PARALLEL +++ PARALLEL



Fotos: NfB

DONNERSTAG, 05. JUNI 2025

08:30 Einlass: Netzwerken und Besuch der Fachaussstellung

09:00 FRÜHSTÜCKS-IMPULSE

Kommunale Innovationen und Erfolgsstrategien

Neue Ansätze für die Zukunft der Städte und Gemeinden. Informativer Start in den Tag – Themenpartner geben Impulse beim gemeinsamen Frühstück.

TECH MEETS CITY

Das Speed-Dating für digitale Innovationen für Kommunen

+++ PARALLELE +++

10:15 Einführung in den zweiten Tag
Begrüßung durch die Moderatorin **Sally Lisa Starken**

10:25 VIDEOBOTSCHAFT

Winfried Kretschmann, Ministerpräsident von Baden-Württemberg

10:30 AUSSTELLER-SPOTLIGHT 4

Innovationen auf der Bühne
Drei Aussteller präsentieren sich jeweils für 3 Minuten auf der Hauptbühne.

10:40 Weitere Grußworte

11:00 ORDENTLICHE MITGLIEDERVERSAMMLUNG

- Bericht des Vorstands
- Jahresabschluss 2024 und Entlastung des Vorstands
- Verabschiedung ausscheidender Vorstandsmitglieder
- Vorstellung der Kandidierenden für Vorstand und Beisitzer 2025–2028
- Wahl des neuen Vorstands

12:30 Kaffeepause und Besuch der Fachaussstellung

13:35 WORKSHOPRUNDE 2

Drei parallele Foren

Kurze Vorstellung der Themen/Referent*innen – Übergang in die Foren

FORUM 1: Zukunft der Kommunal Finanzen – Wege aus der strukturellen Unterfinanzierung

Mit **Martin Murrack**, Stadtdirektor und Stadtkämmerer der Stadt Duisburg, **Dr. Philippa Sigl-Glöckner**, Geschäftsführerin Dezernat Zukunft (A), **Dr. Charlotte Bartels**, Universität Leipzig, Institut für öffentliche Finanzen und Public Management

FORUM 2: Kommunen im „Neustaat“ – Wie gelingt der digitale Wandel?

Mit **Dr. Laura Sophie Dornheim**, IT-Stadträtin und CDO Stadt München, **Ralph Brinkhaus**, MdB (CDU), **Peter Kurz**, OB a. D. Mannheim

FORUM 3: Erfolgsfaktoren für lokale Demokratie, Gemeinwohl und Engagement

Mit **Maria Lenk**, Stiftung Mercator, **Sven Tetzlaff**, Körber-Stiftung, **Andreas Grau**, Zentrum für Nachhaltige Kommunen, Bertelsmann Stiftung

PARALLELE +++ PARALLELE +++ PARALLELE +++ PARALLELE +++ PARALLELE +++

15:00 NETWORKING-SESSION 2

Abschluss und Ausblick

Offener Austausch zu den Workshop-ergebnissen und Pläne für künftige Kooperationen

15:30 Gemeinsamer Abschlussimbiss

Ende der Veranstaltung

Hier geht's zur Anmeldung:

<https://tms.aloom.de/jahreskonferenz-2025-netzwerk-junge-buergermeisterinnen>



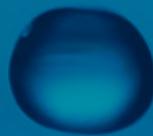
Foto: Landesvertretung Baden-Württemberg



Foto: NfB

PRAXIS IMPULSE

Praxis und Austausch -
Beiträge zu innovativen Methoden
und Prozessen



Neuer Solarpark in Beratzhausen

Der Solarpark sorgt für eine optimale Ergänzung des grünen Eigenerzeugungsportfolios.

Gelungene Kooperation zwischen dem Markt Beratzhausen und der Stadtwerke Heidenheim AG

Ausbau und die Marktintegration der Erneuerbaren Energien (EE)

Die Stadtwerke Heidenheim AG – Unternehmensgruppe (Stadtwerke Heidenheim AG) investiert bereits seit Jahrzehnten in umweltschonende, dezentrale Energieversorgung. Der Ausbau und die Marktintegration der Erneuerbaren Energien (EE) spielen eine zentrale Rolle. Daher treibt die Stadtwerke Heidenheim AG den Ausbau ihres grünen Erzeugungsportfolios aktiv und nachhaltig voran. Aktuell plant die Stadtwerke Heidenheim AG in Kooperation mit dem Markt Beratzhausen einen neuen Solarpark südöstlich von Beratzhausen als Ergänzung zu ihrem bestehenden EE-Portfolio.

Entstehen soll der neue Solarpark südöstlich von Beratzhausen im Landkreis Regensburg auf baurechtlich privilegierten Flächen entlang einer Bahnlinie. Mit einer aktuell geplanten installierten Leistung von ca. 25 Megawattpeak könnten künftig pro Jahr etwa 27 Mio. Kilowattstunden (kWh) umweltschonender Strom produziert und ins Netz eingespeist werden. Diese regenerativ erzeugte Energiemenge würde den jährlichen Strombedarf von etwa 9.000 Haushalten decken und entspräche zugleich einer Einsparung von rund 28.000 Tonnen CO₂ im Vergleich zur Energieerzeugung in einem konventionellen Kraftwerk.

Zur Umsetzung des Solarparks Beratzhausen haben der Markt Beratzhausen und die Stadtwerke Heidenheim AG eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Die

Projektierung, die Umsetzung sowie der langfristige Betrieb des Parks erfolgt über die Stadtwerke Heidenheim AG. Der Markt Beratzhausen wiederum erhält die Möglichkeit zur direkten Beteiligung oder zur Beteiligung über eine örtliche Energiegenossenschaft. Matthias Beer, 1. Bürgermeister des Markt Beratzhausen und Mitglied im Netzwerk Junge Bürgermeister*innen, weiß die Kooperation zu schätzen: „Die Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Heidenheim AG war von Anfang an auf Augenhöhe. Man merkt, dass es sich um einen Partner handelt, der versteht, wie Kommunen ticken, und auf deren Bedürfnisse eingeht.“

Projektplanung

Die notwendigen Pachtverträge zur Errichtung und für den Betrieb des PV-Parks wurden bereits geschlossen. Darüber hinaus wurden artenschutzrechtliche Prüfungen auf den gepachteten Flächen erfolgreich durchgeführt. Aktuell werden die Planungen des Solarparks weiter vorangetrieben. Hierzu gehört beispielsweise die Sicherung der Kabeltrasse und des Netzanschlusses, voraussichtlich durch Bau eines eigenen Umspannwerkes, die technische Detailpla-

nung sowie die Erarbeitung und Zusammenstellung aller erforderlicher Unterlagen. Die weitere Projektplanung sieht die Teilnahme an der EEG-Ausschreibung der Bundesnetzagentur noch im Jahr 2025 vor, sodass im zweiten Quartal 2026 mit dem Bau des Parks begonnen werden kann. Die Inbetriebnahme des Solarparks Beratzhausen könnte schließlich im dritten Quartal 2026 folgen.

Der Solarpark Beratzhausen sorgt für eine optimale Ergänzung des grünen Eigenerzeugungsportfolios der Stadtwerke Heidenheim AG. Insgesamt erzeugen die Erneuerbare-Energien-Anlagen, an denen die Stadtwerke Heidenheim AG beteiligt ist, aktuell rund 465 Mio. kWh Strom pro Jahr und umfassen eine Leistung von 232.103 kW. Dies ist weit mehr als der gesamte Stromverbrauch im Netzgebiet Heidenheim (rund 200 Mio. kWh/Jahr).

„Die Zusammenarbeit mit der Stadtwerke Heidenheim AG war von Anfang an auf Augenhöhe.“

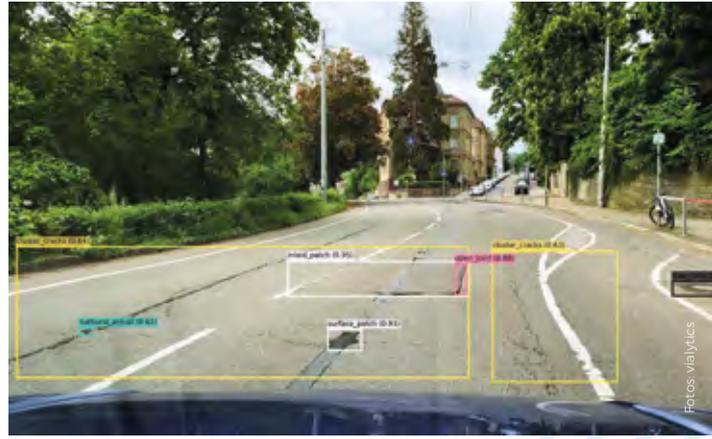
Stadtwerke Heidenheim
Aktiengesellschaft · Unternehmensgruppe



STADTWERKE HEIDENHEIM AG –
UNTERNEHMENSGRUPPE

Meeboldstraße 1
89522 Heidenheim
Telefon 07321.328-0
Telefax 07321.328-181

info@stadtwerke-heidenheim.de
www.stadtwerke-heidenheim.de



Goslar setzt beim Straßenmanagement auf Künstliche Intelligenz

Eine künstliche Intelligenz (KI) sorgt in Goslar jetzt für mehr Verkehrssicherheit.

Beim Straßenmanagement setzt die niedersächsische Kreisstadt auf das vialytics System, um seine Infrastruktur effizienter in Schuss zu halten. Das digitale Werkzeug ermöglicht es, den Straßenzustand automatisch über mobile Endgeräte zu erfassen, Maßnahmen auf Basis aktueller Daten zu planen und sämtliche Instandhaltungsaufgaben transparent und ämterübergreifend zu verwalten.

Knapp 350 Kilometer Straßennetz müssen die städtischen Mitarbeitenden in Goslar im Blick behalten, um die gesetzliche Verkehrssicherungspflicht für alle Bürgerinnen und Bürger zu garantieren. Kaputte Straßen, Forstwege und Bürgersteige, verblasste Markierungen und Verkehrszeichen, morsche Sitzbänke und Spielplatzgeräte – die Flut an Aufgaben in der Stadt mit 50.000 Einwohnern wirkt mitunter überwältigend. Neben den regelmäßigen Kontrollen müssen dringliche Schäden schnell repariert und langfristige Erhaltungsmaßnahmen rechtzeitig in den Finanzhaushalt geplant werden. Bisher bedienten sich Betriebshof und Tiefbauamt unterschiedlicher Mittel, um den Zustand der Infrastruktur zu überblicken und Aufträge zu verteilen. „Von Stift und Papier über Excel und E-Mail bis hin zum Fax war alles dabei. Informationen gingen verloren oder kamen nicht bei den richtigen Personen an. Wir wussten oft nicht genau, welche Straßen den höchsten Reparaturbedarf hatten“, erklärt der Goslarer Digitalisierungsbeauftragte Holger Dettmer.

Künstliche Intelligenz und Smartphone-App

Seit der Einführung Anfang 2024 hat das vialytics System in Goslar sein volles Potenzial entfaltet: Im Erfassungsprozess werden Asphaltflächen alle vier Meter mit einem Smartphone in der Windschutzscheibe abfotografiert, sodass ähnlich wie bei 3D-Kartendiensten von Google oder Apple ein flächendeckender Katalog des 350 Kilometer umfassenden Streckennetzes entsteht. Kennzeichen und Gesichter werden aus Datenschutzgründen verpixelt. Aufgezeichnete Straßen bewertet der Algorithmus anschließend in 15 Kriterien mit Noten von 1 bis 5 und markiert diese farblich auf einer Karte. Das Straßenmanagementsystem kann noch mehr: Es liefert Vorschläge für die Sanierungsplanung, verortet jedes einzelne Straßenschild der Stadt mit einer Schadensauswertung und dokumentiert beispielsweise auch die Wege des Winterdienstes. Damit bewegen sich alle beteiligten Ämter auf einer einzigen Plattform, mit der die erfassten Daten immer aktuell und in transparenten Prozessen verarbeitet werden.

„Mittlerweile sind zwei Drittel unserer Mitarbeitenden mit

dem vialytics System auf ihren Smartphones ausgestattet, sodass wir wesentlich schneller an Bildmaterial und Infos aus dem Stadtgebiet kommen“, betont Betriebshofleiter Sebastian Heim, der mit dem vialytics System Bürgermeldungen und interne Aufträge deutlich schneller koordiniert. „Ein Schlagloch, das den Verkehr gefährdet, rückt jetzt sofort in unseren Fokus, sodass wir in kürzester Zeit reagieren können. Außerdem können wir in vielen Fällen auf Außeneinsätze verzichten, da wir die Bilddaten nutzen, um die Lage vor Ort einzuschätzen. vialytics spart uns sowohl Geld als auch Zeit – und erhöht gleichzeitig die Verkehrssicherheit.“



Über vialytics

vialytics ist internationaler Marktführer und Erfinder des intelligenten Straßenmanagementsystems. Auf das Stuttgarter KI-Unternehmen mit 100 Mitarbeitenden vertrauen über 600 Partnerkommunen in sieben Ländern, um ihre Infrastruktur mit künstlicher Intelligenz auszuwerten und die richtigen Instandhaltungsmaßnahmen abzuleiten.

Mehr Informationen unter www.vialytics.de



e-Einkauf der öffentlichen Hand? Einfach machen.

Erfolgreiche digitale Einkaufsstrategien, die aus der Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungsunternehmen TEK-SERVICE AG resultieren, gibt es nicht nur regional, sondern auch landesweit im „XXL Format“.

INTERVIEW: Monika Schmidt, TEK-Service AG, im Gespräch mit den Experten der kommunalen Organisationen **KoPart eG** mit Dr. Ralf Toggler, **Kommunales Kaufhaus RP** mit Simon Layher und dem **Land Berlin** mit Achim Florin.

Autorisierte Besteller ordern seit 2019 über das eWarenhaus des Landes Berlin, auf Grundlage ausgeschriebener Rahmenverträge des Landesverwaltungsamtes. Wie kam es zu dieser „Digitalstrategie“?

Achim Florin: Die bisherige Verfahrensweise führte zu Medienbrüchen im Beschaffungsprozess. Benötigt wurde ein volldigitaler, effizienter Prozess, der zu Mehrwerten und Synergien bei den nutzenden Dienststellen und den Lieferanten führte. So konnte beispielsweise die gleichzeitige Mittelbindung zu den Bestellungen in unserem Haushalts- und Kassensystem in den Workflow integriert werden – ein wirklicher Meilenstein.

Wo lagen die Herausforderungen und wo stehen Sie heute?

Achim Florin: Die technologischen Herausforderungen bzw. deren Umsetzung

haben wir auf unseren Einkaufsdienstleister TEK übertragen. Damit hatten wir den Rücken frei, um uns um die Einbindung der Dienststellen zu kümmern. Das war ausgesprochen zeitintensiv, Überzeugungsarbeit war gefragt. Es galt die einzelnen Mitarbeitenden mitzunehmen, die Vorteile des eWarenhauses transparent zu machen und etablierte Verhaltensweisen zu ändern. Zum Beispiel Abschied von liebgewordenen Excel-Dateien.

Welche Ziele verfolgen Sie mittel- und langfristige?

Achim Florin: Ziel des Projektes ist es, das eWarenhaus Berlin in enger Abstimmung mit dem Landesverwaltungsamt berlinweit als Standardverfahren für die Abrufe aus dem Sammelbestellverfahren zu etablieren und eine zukunftssichere Fortführung des Betriebs zu erreichen. Parallel arbeiten

wir weiter an einer Erweiterung des Warensortiments und vollständigen Integration der abrufberechtigten Dienststellen.

„KomKa“ steht seit 2016 für Kommunales Kaufhaus RP und ist ein Service der Kommunalberatung Rheinland-Pfalz, Tochter des GStB RP. Seither steuern Städte und Gemeinden ihren Einkauf auf Grundlage landesweit gebündelter Rahmenverträge. Was bewegt Kommunalverwaltungen, Ihr Angebot anzunehmen?

Simon Layher: Da gibt es mindestens drei Gründe. 1: „Verwaltung“ kann günstig ohne eigene Ausschreibung ihre Bedarfe decken, da die Rahmenverträge durch KomKa regelmäßig ausgeschrieben werden. 2: Durch den eEinkauf erhalten die Kommunen erstmals eins zu eins die Daten ihrer Verbräuche. Und 3: Wer macht sich gerne die Arbeit, wenn zehnmal im Jahr Tonerkartuschen, Babywindeln oder Feuerwehrlinien bestellt werden müssen? Immer wieder suchen, auswählen, bestellen, Zahlung veranlassen.



MONIKA
SCHMIDT
Marketing & Sales
TEK-SERVICE AG

Foto: TEK Service



ACHIM
FLORIN
Vergabegrundsatzstelle
Polizei Berlin

Foto: Polizei Berlin



„Es galt die einzelnen Mitarbeitenden mitzunehmen, die Vorteile des eWarenhauses transparent zu machen und etablierte Verhaltensweisen zu ändern. Zum Beispiel Abschied von liebgewordenen Excel-Dateien.“



SIMON LAYHER
Kommunales Kaufhaus
Rheinland-Pfalz

Foto: CSB RLP



DR. RALF TOGLER
Vorstandsvorsitzender
der KoPart eG

Foto: Kommunal Agentur NRW



„Der Umsatz der abgerufenen Produkte liegt bei mehreren Millionen Euro, Tendenz steigend.“

Seit 2019 rechnet KomKa erbrachte Leistungen gegenüber Ihren Mitgliedern elektronisch, im ZUGFeRD-Format ab. Warum dieser Schritt?

Simon Layher: Weil er per EU mit der Richtlinie 2014/55/EU gefordert war. Bis April 2020 sollte der Einsatz der standardisierten Rechnungsformate XRechnung und ZUGFeRD 2.0 obligatorisch für die kommunale Verwaltung werden. Wir haben Fakten geschaffen. Bereits im April 2020 haben die ersten Kommunen unsere eRechnungen automatisiert empfangen und verarbeitet.

Studien prognostizieren 1,6 Mio. fehlende Verwaltungsfachkräfte. Welche Rolle spielt das Kommunale Kaufhaus in diesem Kontext, was sind Ihre Ziele?

Simon Layher: Die aktuell 10.994 Gemeinden verfügen über kein „Einkaufspersonal“. Die vollständige Beschaffung läuft nebenbei und bindet unglaubliche Ressourcen. Heute bereits schaufeln wir durch Digitalisierung im Einkauf Zeit frei. Das vereinfacht und eliminiert unnötige Arbeiten. Damit werden Freiräume für den Hauptjob unserer Verwaltungsmitarbeiter*innen geschaffen.

KoPart eG ist eine Einkaufsgenossenschaft des StGB NRW. Seit 2014 bieten Sie Ihren Mitgliedern die Möglichkeit, über den „elektronischen Katalogeinkauf“ von landesweit gebündelten und ausgeschriebenen Rahmenverträgen zu partizipieren. Welche Mehrwerte ergeben sich seither für Ihre Mitglieder?

Dr. Ralf Togler: Als Einkaufsgenossenschaft bietet die KoPart eG ihren Mitgliedern den Mehrwert, ihren Bedarf aus landesweit gebündelten, ausgeschriebenen Rahmenverträgen abzurufen. Zum einen hat das wirtschaftliche und vergaberechtliche Vorteile. Vor dem

Hintergrund fehlender Fachkräfte entlasten unsere Services aber vor allem die Mitarbeitenden in den Städten und Gemeinden.

Wo stehen Sie heute? Wie viele Kommunalverwaltungen greifen auf Ihren Katalog Einkauf zu, wie viele Kataloge und Lieferanten haben Sie im Sortiment?

Dr. Ralf Togler: Inzwischen nutzen bereits über 100 Verwaltungen und kommunale Organisationen unsere Services. Mit ca. 50 Rahmenverträgen decken wir den erforderlichen Bedarf an Alltagsgütern gut ab. Der Umsatz der abgerufenen Produkte liegt bei mehreren Millionen Euro, Tendenz steigend. Das zeigt uns, dass wir auf dem richtigen Weg sind.

Neben wirtschaftlichen und vergaberechtlichen Aspekten hat sich gerade der e-Einkauf in Krisenzeiten als bewährt, wendig und robust erwiesen. Haben Sie ähnliche Erfahrungen sammeln können?

Dr. Ralf Togler: Wir haben das bei den zahlreichen Krisen der Vergangenheit, z. B. der Versorgung von Flüchtlingen, in Zeiten von Corona und bei der Hochwasserkatastrophe erlebt. Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, schnell auf kommunale Anforderungen reagieren zu können. Waren es 2014/2015 zunächst Betten, Matratzen oder anderer Hausrat, so waren während der Pandemie Masken, Raumluftgeräte oder Tablets für das Homeschooling von Schülern in NRW gefragt. Wasserpumpen und schweres Gerät waren bei der Hochwasserkatastrophe erforderlich. Indem KoPart, je nach Situation oder Lage, schnell auf Anforderungen reagieren bzw. erforderliche Produkte bereitstellen kann, können diese auch schnell und landesweit von den Bedarfsstellen abgerufen werden.

Einkauf der Verwaltung – am besten digital

Kommunal- und Landesverwaltungen wissen: Digitalisierung schafft in Zeiten knapper Personalressourcen Freiraum für die eigene Kernkompetenz. Gerade im Einkauf ergeben sich an dieser Stelle weitreichende Mehrwerte. Seit 2000 entscheiden sich daher Verwaltungen und Organisationen der öffentlichen Hand für die webbasierte Einkaufsdienstleistung der TEK-SERVICE AG.

Internetzugang: Mehr braucht es nicht, damit ehemals papiergestützte Beschaffungsabläufe innerhalb weniger Wochen durch eProcurement und effiziente Workflows in der Verwaltung abgelöst werden. Das schafft Transparenz und Steuerungsmöglichkeiten. Der elektronische Einkauf avanciert zum „Datenpool“ für vor- und nachgelagerte Themenbereiche, wie eVergabe und eAbrechnung. TEK-SERVICE AG bietet damit die bewährte und branchenspezifische Lösung für Entscheider der öffentlichen Hand.

Zertifikate: Barrierefreiheit, Technologie made and hosted in Germany, BSI IT Grundschutz. Strategische Mehrwerte wie regionale oder landesweite Einkaufsverbände werden möglich. Sortimente lassen sich entwickeln, unter Aspekten der Nachhaltigkeit qualifizieren und auf Basis belastbarer Leistungsbeschreibungen ausschreiben. In Zeiten der Krise hat sich der e-Einkauf als wendig und robust erwiesen.

Erfahrungen: Städte, wie Mainz, Tübingen, Reutlingen oder Ludwigsburg, kommunale Dachverbände oder Landesverwaltungen machen deutlich: eEinkauf – jetzt – einfach machen, mit Unterstützung der TEK-SERVICE AG.

Mehr Infos hierzu unter www.tek-service.de

INFORMATIONEN ZU UNSEREN KUNDEN

Kommunales Kaufhaus Rheinland-Pfalz

<https://www.gstbrp.de/kommunale-dienste/komka-das-kaufhaus-der-kommunen/>

KoPart eG – Katalogeinkauf

<https://kopart.de/leistungen/elektronischer-katalogeinkauf/>

eWarenhaus Land Berlin

https://schulportal.berlin.de/fachverfahren/ewarenhaus_berlin



Freeflow-Parken

6 Monate kostenfrei testen

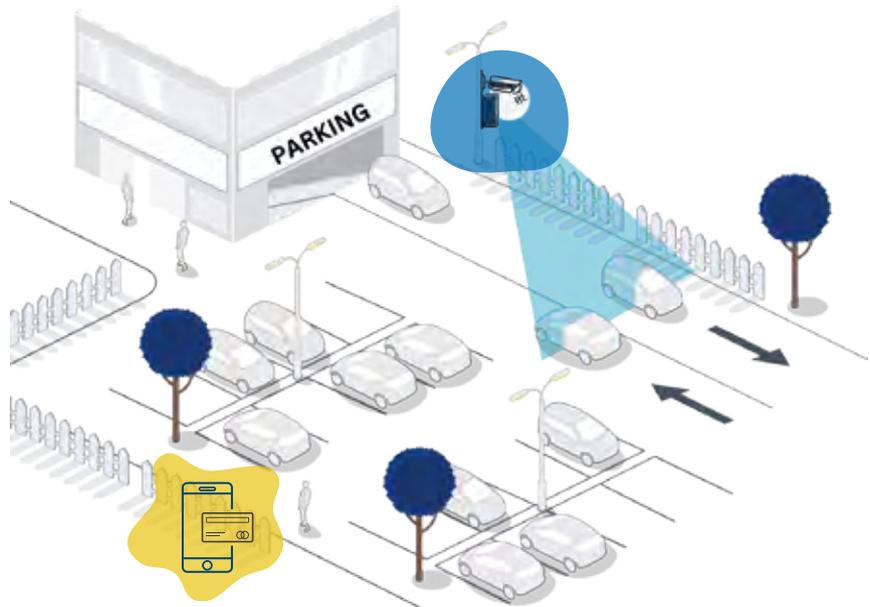


Illustration: Smart City System

Lange Wartezeiten an Schranken, technische Störungen und komplizierte Bezahlssysteme sorgen nicht nur für Frust bei den Parkenden, sondern auch für ineffiziente Abläufe bei Betreibern, Kommunen und Stadtwerken.

Vor allem in Stoßzeiten bremsen Schranken den Verkehrsfluss aus, was nicht nur Zeit kostet, sondern auch unnötig Energie verschwendet. Technische Defekte und fehlerhafte Bezahlssysteme führen zu langen Wartezeiten und frustrierten Kunden. Gleichzeitig kämpfen Kommunen mit hohen Instandhaltungskosten und einem steigenden Verwaltungsaufwand – ein kostspieliges Problem, das die Rentabilität schmälert.

Handlungsspielräume eröffnen

Freeflow-Parken bietet eine Lösung, indem es komplett auf physische Barrieren wie Schranken verzichtet – ideal für stark frequentierte Bereiche wie Parkhäuser und Einkaufszentren. Mit Technologien wie Kennzeichenerkennung und mobilen Bezahlssystemen gestaltet sich der Parkvorgang einfach und komfortabel. Das Kennzeichen wird automatisch beim Ein- und Ausfahren erfasst, wodurch lange Wartezeiten entfallen. Dank moderner Payment-Adapter lassen sich verschiedene Zahlungsmethoden wie Kreditkarten und mobile Apps mühelos integrieren.

Für Betreiber bietet Freeflow-Parken zahlreiche betriebliche Vorteile. Der Wegfall der Schranken reduziert die Instandhaltungskosten und den Verwaltungsaufwand erheblich. Durch die Automatisierung des Prozesses wird die Effizienz gesteigert. Echtzeitdaten zur Auslastung der Parkflächen ermöglichen eine

präzise Analyse des Betriebs, sodass Betreiber ihre Kapazitäten besser steuern und optimieren können.

Detaillierte Echtzeitdaten, die Ihnen helfen, den Betrieb zu optimieren

Smart City System bietet mit seinem Kennzeichenerfassung-System „made in Germany“ die ideale Grundlage für das schrankenlose Parken. Als Full-Service-Dienstleister übernehmen wir die Installation, den Betrieb und die kontinuierliche Wartung. Unser erfahrenes Team sorgt dafür, dass das System zuverlässig funktioniert, sodass Sie sich jederzeit auf eine reibungslose Nutzung verlassen können.

Mit unseren Hardware- und Softwarekomponenten erhalten Sie detaillierte Echtzeitdaten, die Ihnen helfen, den Betrieb zu optimieren und fundierte Entscheidungen für zukünftige Investitionen zu treffen. Unsere Server stehen in Deutschland und erfüllen die höchsten Standards für Datensicherheit und Datenschutz. So können Sie sich darauf verlassen, dass alle Vorgänge den deutschen und europäischen Datenschutzrichtlinien entsprechen.

Bedeutende Verbesserung

Bis Ende Juni bieten wir Parkraumbewirtschaftern die Möglichkeit, das Freeflow-Parksystem sechs Monate lang kostenfrei zu testen. So können Sie sich davon überzeugen, wie das System Ihre Parkabläufe optimiert, ohne in die Technologie investieren zu müssen. Nach der Testphase können Sie das System zu den üblichen Konditionen erwerben oder sich für eine Rückabwicklung entscheiden, falls der gewünschte Erfolg nicht eintritt.

Freeflow-Parken stellt eine bedeutende Verbesserung sowohl in der Nutzererfahrung als auch in der betrieblichen Effizienz dar.



Profitieren auch Sie von dieser innovativen Lösung und starten Sie noch heute mit einem kostenfreien Testprojekt!

www.smart-city-system.com

Freie Bahn für die Helfer

Lübecks „Kreuzung frei“ im Einsatz

Haben Sie schon einmal erlebt, wie ein Rettungswagen in einer engen Straße stecken blieb, weil falsch geparkte Autos den Weg versperrten?

In solchen Momenten wird deutlich, wie entscheidend jede Sekunde sein kann. In Lübeck hat man dieses Problem erkannt und eine clevere Lösung gefunden.

Verkehrsbehinderungen mithilfe von Parksensoren erkennen

Stellen Sie sich vor, Sensoren an kritischen Kreuzungen melden in Echtzeit, wenn ein Auto die Durchfahrt blockiert. Genau das ist die Idee hinter „Kreuzung frei“. An wichtigen Punkten im Stadtgebiet wurden Sensoren installiert, die präzise erfassen, ob sich

ein Fahrzeug an einer nicht erlaubten Stelle befindet. Diese Daten werden direkt und datenschutzkonform ans Ordnungsamt übermittelt.

Was klein begann, hat sich schnell bewährt: Zunächst wurden 18 Sensoren an zwei Problemkreuzungen angebracht. Der Erfolg sprach für sich, und bis September 2023 waren bereits 14 Kreuzungen mit dieser Technologie ausgestattet. Die langfristige Zielsetzung sieht vor, insgesamt 50 Standorte in der Hansestadt mit etwa 300 Sensoren auszurüsten, um die Rettungswege dauerhaft freizuhalten.

Für das Ordnungsamt bedeutet dies eine enorme Erleichterung. Statt zeitaufwändiger Kontrollgänge können die Mitarbeiter nun gezielt eingreifen, wenn es nötig ist. Das spart Zeit, Ressourcen und erhöht die Effizienz.

Doch der wahre Gewinner sind die Bürgerinnen und Bürger Lübecks, insbesondere wenn es um Notfälle geht. Rettungsdienste, Feuerwehr und andere Einsatzkräfte profitieren

von freien Durchfahrten, was im Ernstfall Leben retten kann.

Stadtplanung

„Kreuzung frei“ liefert auch wertvolle Daten für die Stadtplanung. Durch die Analyse des Parkverhaltens können Verbesserungen in der Verkehrsführung vorgenommen werden, was langfristig zu einer entspannteren Verkehrssituation beiträgt.



„Die langfristige Zielsetzung sieht vor, insgesamt 50 Standorte in der Hansestadt mit etwa 300 Sensoren auszurüsten, um die Rettungswege dauerhaft freizuhalten.“



Sekunden entscheiden, Sensoren schützen.

Die Smart City System Parking Solutions GmbH, das Unternehmen hinter „Kreuzung frei“, zeigt mit diesem Projekt, wie alltagsnahe Technologie urbane Herausforderungen meistern kann. Es ist ein Paradebeispiel dafür, wie digitale Lösungen nicht nur theoretisch funktionieren, sondern in der Praxis das Leben in der Stadt spürbar verbessern können. Smart City System verfolgt die klare Vision: Ensure efficient parking.

www.smart-city-system.com

 SMART CITY SYSTEM



Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge und Wiebke Sahin-Connolly stellten den Teilnehmer*innen die zentralen Forderungen des Manifests vor.

Foto: H. Witzel

Wir sind dafür

Die „Werkstatt der Mutigen“ verbindet kommunale Gestaltungskraft mit lösungsorientierter Bundespolitik.

VON HENNING WITZEL (NJB) UND
LISA KLEIN (ProjectTogether)

Demokratie ist gelebte Praxis – die Verkürzung auf Wahlen als den wesentlichen demokratischen Bürger*innen-Akt tut der Sache nicht gut. Demokratie findet jeden Tag statt, sie ist eine Lebensform, sie wird erfahrbar vor Ort und muss sich dort beweisen, in den Städten, Dörfern, Kommunen unseres Landes. Dort müssen die Lösungen und Antworten auf die Fragen der Bürger*innen sichtbar werden – dort werden sie schon sichtbar.

Denn die lokale Demokratie lebt: Mitten im Wahlkampf, mitten im dröhnenden Krisen-Diskurs versammelten sich über 200 Gestalter*innen und 20 Bundestagskandidat*innen in Berlin und erprobten eine neue Form der politischen Zusammenarbeit. Am 29. Januar 2025 fand im Futurium die „Werkstatt der Mutigen“ statt – ein bundesweites Treffen, das kom-

munale Akteur*innen, zivilgesellschaftliche Initiativen und Bundestagsabgeordnete zusammenbrachte.

Die „Werkstatt der Mutigen“ ist ein Experiment, das die Zusammenarbeit zwischen

„Das Ziel ist eine umsetzungsstarke Bewegung, die Themen auch unabhängig von der Bundesregierung angehen kann.“

Politik und Gesellschaft neu denkt. Ziel ist es, die lokale Gestaltungskraft zu stärken und eine Brücke zwischen Kommunen und Bundespolitik zu schlagen. Es geht darum, lokale Lösungen zu sammeln und damit bundesweite Veränderung anzustoßen. Statt einer Politik des Dagegens wird an einer

Allianz des Dafürs gearbeitet – eine neue politische Wirkweise, die pragmatisch ist, konkret, lösungsorientiert.

Unser Netzwerk Junge Bürgermeister*innen war in Berlin nicht nur vertreten, sondern aktiv an der inhaltlichen Ausarbeitung des

„Manifests für Regionales Gestalten“ beteiligt. Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge und Wiebke Sahin-Connolly stellten den Teilnehmer*innen aus verschiedenen Netzwerken und Organisationen die zentralen Forderungen des Manifests vor. Über föderale oder parteipolitische Grenzen hinweg wollen wir gemeinsam an einem Zukunftsstaat Deutschland arbeiten.

Ein Manifest für starke Kommunen

Wir sind überzeugt: In einer Zeit, in der das Vertrauen in staatliche Institutionen vielerorts schwindet, können Kommunen Vorbilder für bürgernahe, handlungsfähige Politik sein. Das Manifest fordert daher mehr Einfluss, finanzielle Mittel und Entscheidungsfreiräume für Kommunen, um lokale Lösungen effektiver umzusetzen. Besonders betont wird die Bedeutung von Allianzen zwischen Kommunen, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft, um innovative Ansätze zu entwickeln und bundesweit nutzbar zu machen.

Eine zentrale Aussage des Manifests lautet: „Deutschland braucht eine Staatsreform. Die Kommunen sollten Ausgangspunkt dieser Reform sein. Denn vor Ort zeigt sich, ob der Staat handlungsfähig und bürgernah ist.“



Das Ziel ist eine umsetzungsstarke Bewegung, die Themen auch unabhängig von der Bundesregierung angehen kann: An vielen Orten werden Learnings und Best Practices schnell transferiert. Das schafft Wirkung und damit Legitimation des Systems.

Denn wenn Demokratie nicht liefert, verliert sie an Glaubwürdigkeit. Dagegen arbeiten wir an, gemeinsam und konstruktiv. Vor Ort erleben Akteur*innen, Gestalter*innen und Bürger*innen Selbstwirksamkeit, indem sie Teil der Veränderung sind und so glaubhaft an den großen Themen mit anpacken. In der deutschlandweiten Vernetzung zeigen wir: Veränderung ist möglich – und zwar im demokratischen und nicht im antidemokratischen Spektrum.

Kommunale Erfolgsprojekte und politische Vernetzung

Dieses Plädoyer für eine grundlegende Neuausrichtung der staatlichen Strukturen fand große Resonanz unter den Anwesenden. Die Werkstatt der Mutigen bot damit nicht nur Raum für Debatten, sondern auch für den Austausch bewährter kommunaler Projekte. Besonders wertvoll war der Dialog mit den vielen Bundestagsabgeordneten und Kandidat*innen, die konkrete Anregungen für die politische Umsetzung kommunaler Innovationen auf Bundesebene mitnahmen.

Damit wurde schon einmal das neue Zusammenspiel von lokaler und Bundesebene vorgeführt: Das föderale und auch das Parteiensystem sind in ihrer jetzigen Form nicht unbedingt dafür geeignet, Antworten auf die großen Probleme unserer Zeit zu finden. Indem aber Bürger*innen bundesweit eine neue gesellschaftspolitische Stimme des Dafürs hören, die sie hört

und ernst nimmt und Mut macht, dass die großen Themen ambitioniert angegangen werden, arbeiten wir aktiv gegen die Politik- und Demokratieverdrossenheit an.

Es ist doch so: Viele Bürger*innen trauen der Politik nicht mehr zu, Probleme zu lösen.

„Das föderale und auch das Parteiensystem sind in ihrer jetzigen Form nicht unbedingt dafür geeignet, Antworten auf die großen Probleme unserer Zeit zu finden.“

Die bestehende Logik der Parteien funktioniert für viele nicht mehr, viele Menschen haben das Gefühl, dass ihre Situation vor Ort nicht gesehen wird. Mit den Gestalter*innen zeigen wir, dass es auch anders gehen kann: Sie sind eine bundespolitische Stimme für pragmatische Lösungen vor Ort. Denn indem lokale Allianzen entstehen, die unabhängig sind von der Bundespolitik, stärkt das gerade die Stimme der Kommunen in Berlin.

Themen und Expertise von vor Ort werden über ein



Foto: H. Witzel

Zusammenarbeit als Schlüssel für eine handlungsfähige Demokratie

Wenn Menschen vor Ort das Gefühl haben, dass ihre Themen gehört werden, entsteht im Zusammenspiel mit Bundespolitik auch auf Bundesebene endlich wieder eine Vision, ein neues Dafür. In Zeiten zunehmender politischer Polarisierung wurde bei dieser „Werkstatt der Mutigen“ eines deutlich: Pragmatische, parteiübergreifende Zusammenarbeit ist essenziell, um die Handlungsfähigkeit der Demokratie zu sichern. Kommunen und ihre Vertreter*innen spielen dabei eine entscheidende Rolle. Unser Netzwerk Junge Bürgermeister*innen wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass kommunale Gestalter*innen mehr Gehör und Gestaltungsspielraum erhalten – denn nur mit starken Kommunen kann eine zukunftsfähige Politik für Deutschland gelingen.

Von Berlin in die Regionen: Der Prozess geht weiter

Bis zur Bundestagswahl am 23. Februar und auch noch danach fanden über 20 Werkstätten in Städten und Gemeinden in ganz Deutschland statt. Die regionalen Werkstätten bauen auf den Erkenntnissen des Berliner Treffens auf und vertiefen die Inhalte sowie Kooperationsmöglichkeiten vor Ort. Die Ergebnisse wurden so in die Regionen getragen, weiterentwickelt und für die Bundespolitik der nächsten Legislaturperiode aufbereitet. In einem Land, das an seiner Zukunft zweifelt, war die Werkstatt der Mutigen eine gelungene Antwort auf die drängende Frage: Wie kann Politik anders organisiert werden?

Mehr Infos:

www.werkstatt-der-mutigen.org

Das obligatorische Foto vor der Selfie-Wand: Wiebke Sahin-Connolly, Henning Witzel und Nils Neuhäuser genannt Holtbrügge (v.l.n.r.)

Foto: Privat



AUSBLICK 2025

🕒 27. MÄRZ

Ist das nicht irre?
Kongress für politische Kultur
der Hertie Stiftung in Berlin

🕒 02.-03. APRIL

76. Staatswissenschaftliche Fortbildungstagung
der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften
Speyer – Thema: **Staatsmodernisierung**

🕒 02.-03. APRIL

BREKO fiberdays 25
Premiere in Frankfurt
und neue Themen

🕒 07. APRIL

**Demokratie Forum Kommunal-
politik** der Körber-Stiftung
in Berlin

🕒 29.-30. APRIL

**KGSt®-Zukunftswerkstatt
Kleine Kommunen** in Kassel
NJB ist Partner

🕒 07.-08. MAI

POLIS Convention – Messe für
Stadt- und Projektentwicklung
in Düsseldorf

🕒 13.-15. MAI

Hauptversammlung
des Deutschen Städte-
tages in Hannover

🕒 04.-05. JUNI 2025

Jahreskonferenz
des Netzwerks Junge
Bürgermeister*innen 2025
in der Landesvertretung
Baden-Württemberg Berlin

„Alles gut!“

🕒 02.-03. JUNI

Deutscher Kommunalkongress
des Deutschen Städte- und
Gemeindebundes in Berlin

🕒 23.-24. JUNI

Zukunftskongress
Staat und Verwaltung
in Berlin

🕒 27.-28. AUGUST

**Messe KOMMUNAL –
Zukunft gestalten**
in Göttingen

🕒 30. SEPTEMBER – 02. OKTOBER

**Smart Country Convention –
STADT.LAND.TECH** in Berlin
NJB ist Partner

🕒 06.-08. OKTOBER

EXPO REAL – Internationale
Fachmesse für Immobilien
und Investitionen in München

🕒 22.-23. OKTOBER

KOMMUNALE
in Nürnberg
NJB ist Partner

🕒 06. NOVEMBER

Veolia WasserDialog
in Leipzig
NJB ist Partner

🕒 13.-14. NOVEMBER

Viertes Jungbürgermeister:innentreffen
des Österreichischen Gemeindebundes
in Melk in Niederösterreich

ANZEIGE



Führungslücke? Stillstand?
Das kann sich der öffentliche Sektor nicht leisten.
Mit Interimsmanagement handlungsfähig bleiben.

zfm unterstützt als Personalberatung den öffentlichen Sektor seit über
30 Jahren bei der Besetzung von Fach- und Führungspositionen.

Mehr Infos



zfm-bonn.de

ZEIG, WER DU BIST!

*Finde deinen Style
im NJB-Shop*



**NEUE
MOTIVE**



Bürgermeister*in ist man mit Leib und Seele, warum dann nicht auch das Bürgermeister*in-Sein auf der Brust tragen?

Fürs Amt braucht man nicht nur Kostüm oder Anzug, sondern auch mal einen coolen Hoodie, ein schickes T-Shirt oder eine Base-Cap.

Zudem gibt es auch unser Netzwerk-„N“ oder das Netzwerk-Logo auf Shirts und Hoodies, aber auch auf Tassen, Kappen oder Turnbeuteln.



**BRGR
MSTR**



NJB-SHOP.MYSPREADSHOP.DE

Willkommen im NJB-Shop.
Schau doch mal vorbei und finde dein Produkt.





Nothilfe Ukraine

Millionen Familien aus der Ukraine bangen um ihr Leben und ihre Zukunft. Aktion Deutschland Hilft leistet diesen Menschen weiterhin Nothilfe.

Danke für Ihre Solidarität. Danke für Ihre Spende.
Jetzt Förderer werden: **Aktion-Deutschland-Hilft.de**

Bündnis der Hilfsorganisationen

